

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Zl., monatlich 5,39 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 8 Zl., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die einseitige zweifache 25 gr., Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 D. M., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50 % Aufschlag. — Abkündigung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postfachkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 127.

Bromberg, Dienstag den 7. Juni 1932.

56. Jahrg.

Und nun Herriot...

Keine Wende zu erwarten.

Von Paul Fouquet-Paris.

Paris, Anfang Juni 1932.

Die Betrauung Herriots mit dem Posten des französischen Ministerpräsidenten durch den Präsidenten der Republik, Lebrun, ist weder für Frankreich noch für das Ausland eine Überraschung. Nicht einmal der Ausfall der Wahlen, auf dem diese Betrauung beruht, hat erst Herriot als den „kommenden Mann“ erscheinen lassen; denn auch diese Kammerwahlen boten keine allzu große Überraschung. Seit mehr als einem halben Jahre gilt Herriot schon als der Nachfolger Tardieus, und er selbst hat auch in seinen Reden kein Hehl daraus gemacht, daß er sich als Dauphin fühlt. So also gliedert sich diese Ernennung ohne Aufsehen in den normalen Verlauf der Dinge ein.

Auch die Ministerliste Herriots birgt, soweit sie im Augenblick feststeht, keine Überraschungen in sich. Nachdem die Sozialisten es abgelehnt hatten, sich aktiv an der Regierung zu beteiligen, blieb Herriot nichts anderes übrig, als seine Mitarbeiter in der Hauptsache in seiner Partei zu suchen. So sitzen denn auch auf den meisten Ministerposten Radikale. Ein paar Posten sind mit Leuten aus der Nachbarschaft besetzt, doch ist Herriot bei der Suche nicht weit vom eigenen Heim weggegangen. Überaus Talente, „Männer“, sind darunter kaum zu finden. Die Ministerliste zeigt im großen ganzen Leute des Durchschnittstyps für einen französischen Minister. Wenn man Namen, die etwas über die Reihe hinausragen, nennen will, so vielleicht den Innenminister Chaumeys und den Minister für öffentliche Arbeiten Daladier, weiter auch den Kriegsminister Painlevé, den Führer der sozialistischen Republikaner. Wie gesagt, es sind meist jene gebräuchlichen Ministertypen, von denen Frankreich ein unerföpflich Reservoir zu haben scheint.

Da Herriot nur Leute seiner und der nahe angrenzenden Parteien in sein Kabinett genommen hat, ist die parlamentarische Grundlage der Regierung nicht allzu groß. Mit etwa 200 Deputierten, die den Parteien angehören, die Leute in das Kabinett entsandt haben, erreicht sie nicht die Mehrheit der Kammer. Trotzdem aber braucht man vorerst um ihren Bestand nicht zu fürchten. Denn die direkte Opposition ist verhältnismäßig klein. Die Sozialisten vor allen Dingen, Zweite beim Rennen um die Deputiertenstimme bei den Kammerwahlen, werden zunächst ein sehr freundschaftliches Verhältnis zu dem radikalen Kabinett unterhalten, obwohl Herriot ihre Bedingungen zur Teilnahme an der Regierung abgelehnt hat. Wie lange aber diese Freundschaft halten wird, steht noch dahin. Das Kriterium ihrer Dauerhaftigkeit sind die Außenpolitik und gewisse neue Steuervorlagen, um die Herriot nicht wird herumkommen können. Die andere Krücke des Kabinetts Herriot ist die Rechte Mitte, auf die sich die letzten Regierungen, Tardieu und Laval, in der Hauptsache stützten. Auch sie wird zunächst Herriot keine Schwierigkeiten machen, obzwar sie wohl viel mehr auf eine brav-stramme Haltung des Ministerpräsidenten achten wird, als die Sozialisten. Da Herriot darum auch entsprechende Rücksichten auf ihre Meinung zu nehmen hat, ist nicht zu erwarten, daß die Regierung einen viel anders gearteten Kurs einschlagen wird, als ihre Vorgänger.

Auch in der Außenpolitik nicht, die ja Herriot selbst beirret. Man soll sich vor allem in Deutschland nicht der Hoffnung hingeben, daß mit Herriot in Frankreich alles anders würde. Nicht nur nicht alles, nicht einmal etwas, im Grunde genommen wird nichts anders werden. Ein einziges vielleicht: der Ton. Aber das ist kein Gewinn, sondern eher ein Nachteil. Tardieus scharfe Redeweise hatte den Vorzug, daß das Kind beim wahren Namen genannt wurde, daß man „das wahre Gesicht“, von dem immer so viel die Rede ist, erkennen konnte. Herriots mildere und verbindlichere Redeweise, die viel mehr auf den durch Briand klaffig gewordenen Genfer Tenor eingestimmt ist, macht es viel schwieriger, dieses „wahre Gesicht“ hinter der Maske zu finden. Die Welt hat ein lebhaftes Interesse daran, daß man außerhalb Frankreichs die eigentlichen Grundzüge der Pariser Politik kennen lernt. Bei Tardieu war das nicht schwer, der sagte, was er meinte. Bei Herriot muß man die Worte erst in eine klare Formulierung übersetzen; aber durch diese Interpretation verlieren sie an Frische und Eindringlichkeit. Man darf in diesem Zusammenhang vielleicht an die Rolle Herriots als Liquidator der Außenpolitik Poincarés erinnern, oder, wenn es schwer ist, so weit zurückzudenken, an die Thronfolgerreden Herriots in den letzten Monaten, selbst da wo sie verbindlich und nett waren, doch mit starrem und kaltem Kern.

Es kann unter den Mehrheitsverhältnissen, wie sie oben angezeigt wurden, keine Rede davon sein, daß Herriot sich bei dieser Bindung der Handlungsfreiheit zu großen außenpolitischen Entschlüssen aufrufen kann, selbst wenn er den Willen dazu hätte. Auch innerpolitisch setzt man nicht allzu große Hoffnungen auf ihn. Er hat die recht unangenehme Aufgabe übernommen, das auszubaden, was Tardieu und Laval mit ihrer etwas leichtfertigen Finanzpolitik angerichtet haben. Sie haben die letzten Mittel der Reserve, und das waren drei Milliarden Mark, die noch von 19 übrig geblieben waren, verbraucht, um vor der Welt die Kulissen einer Scheinprosperität aufrecht zu erhalten. Dann ent-

hält der letzte Haushalt Tardieus, den Herriot jetzt durchzuführen hat, eine ganze Reihe von Luftpösten, die sehr schön auf der Aktivseite figurieren, aber weiter auch nichts. Man denke nur an die Reparationszahlen, die als Deckung eingesetzt worden sind! Wenn nun aber die Frage nach dem Gelde akut wird, so wird Herriot nichts anderes übrig bleiben, als neue Steuern auszuschreiben. Wie sehr diese drohende Notwendigkeit schon heute seine Regierungsfreiheit hindert, braucht man ja den Deutschen, die in solchen Dingen mit ihren Regierungen etwas Erfahrung haben, nicht auseinanderzusehen. Und wie es dann, wenn diese neuen Steuern der Kammer präsentiert werden, mit der Unterstützung der Parteien, die nicht im Ministerium vertreten sind, stehen wird, dürfte auch nicht sehr fraglich sein; denn keiner möchte sich für die Lasten, die ein Anderer dem Volke zutraut, verantwortlich machen.

Aber welche Regierung auch in Paris herrscht, ob sie Herriot oder anders heißt, an diesen innerpolitischen Schwierigkeiten kommt keine vorbei, und auch außenpolitisch sollte man im Auslande keine großen Hoffnungen darauf setzen. Im Grunde genommen sind es immer dieselben Advokaten, deren Geist und Unnachgiebigkeit man mit der Zeit sattfam kennen sollte. In der eigenen Brust wachsen diesen Leuten nicht die Kräfte zu einer Kehrtwendung, und woher von außen sollte ein Druck kommen, der stark genug wäre, sie zu einer Sicht zu bringen, die über die engen Grenzen Frankreichs hinausgeht!

Die endgültige Ministerliste Des neuen Kabinetts Herriot

bedt sich zum größten Teil mit dem Vorschlag, den wir bereits in unserer vorletzten Ausgabe veröffentlicht haben. Sie ergibt folgendes Bild:

Minister:

Ministerpräsident und Außenminister: Herriot.
Justizminister und Vizepräsident: Renoult.
Innenminister: Chaumeys.
Kriegsminister: Paul-Boncour.
Marineminister: Leygues.
Luftfahrtminister: Painlevé.
Finanzminister: Germain-Martin.
Budgetminister: Palmade.
Minister für öffentliche Arbeiten: Daladier.
Kultusminister: de Monzie.
Sozialminister: Dalimier.
Minister für die Handelsmarine: Léon Meyer.
Handelsminister: Durand.
Ackerbauminister: Gardy.
Gesundheitsminister: Godart.
Postminister: Duenille.
Pensionsminister: Verjod.
Kolonialminister: Sarraut.

Regierungserklärung

Des Reichskabinetts von Bapen

Berlin, 5. Juni. (Eigene Meldung.) Das Reichskabinett ist am gestrigen Sonnabend erneut zusammengetreten, um die Regierungserklärung fertigzustellen, die folgenden Wortlaut hat:

„In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt. Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Gleichen. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatserkaltenden, kurzum, aller nationalen Kräfte zu finden.“

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentarismusdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heftige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen:

Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Mark des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen ständig steigenden Staatssozialismus die mate-

Unterstaatssekretäre:

Ministerpräsidentenschaft: Marchandeau.
Innenministerium: Israel.
Außenministerium: Paganon.
Technischer Unterricht: Ducos.
Schöne Künste: Mistler.
Nationale Wirtschaft: Patenotre.
Sport: Marcombes.
Luftfahrt: Bernier.
Öffentliche Arbeiten: Margaine.
Fremdenverkehr: Gourdeau.
Kolonien: Candace.

Poincarés Klage.

Er begreift die Welt nicht mehr.

Der ehemalige Ministerpräsident Poincaré veröffentlichte am Donnerstag im Pariser „Excelsior“ einen Artikel „Krieg und Frieden“, worin er aufs lebhafteste gegen Lloyd George freit, gleichzeitig aber eine Reihe halbverhüllter Vorwürfe nach allen Seiten ausstelt: Überall sehen wir Gewitter, Stürme, Erdbeben, doch kein Land habe moralisch oder politisch seine Ruhe wiedergewonnen. In den letzten Tagen hätten die Memoiren Stresemanns die Franzosen über den Geist des Zustandes selbst der vernünftigsten Deutschen unterrichtet. Wenn sie heute das Buch Lloyd Georges über Reparationen und Kriegsschulden lesen, stellen sie fest, daß die Ansichten des englischen Staatsmannes sich ebenfalls kaum mit denen Frankreichs decken. Lloyd George habe gleich nach Friedensschluß behauptet, Deutschland werde niemals in der Lage sein, den Alliierten die vollständige Wiedergutmachung der in den besetzten Gebieten angerichteten Schäden zu zahlen. In diesem Punkte habe er seine Ansicht nicht geändert. Trotzdem aber habe er mit aller Kraft eine Kombination begünstigt, die es England und den Vereinigten Staaten gestattete, die ersten Zahlungen Deutschlands einzufrieren. In den ersten Monaten des Jahres 1919 wurde vereinbart, daß die Reichsbank über eine Milliarde Goldmark, also etwa die Hälfte ihres Goldbestandes, an England und Amerika ausliefern solle, um die Nachrangszufuhr zu bezahlen. Das war die erste Milliarde, die Deutschland zahlte, aber Frankreich erhielt davon keinen Heller, obwohl es auch an den Verpflegungslieferungen teilgenommen hatte.

Heute, wo der Krieg beendet ist, sei es wohl erlaubt — so schließt Poincaré bissig —, sich an jene Stunden von Verdun zu erinnern, wo selbst die eingeweihten Geister der Ansicht waren, daß der Krieg nicht vorzeitig durch einen faulen Frieden abgebrochen werden dürfe. Gerade diese Geister, die damals die höchste Ausdauer und höchsten Mut bewiesen, wären heute nicht die schlechtesten Diener für die Aufrechterhaltung des Friedens.

Mit anderen Worten: selbst Poincaré ist mit Versailles nicht recht zufrieden!

riellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unfinnigen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturholismus, der wie ein freßendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Gehalt geboten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Verletzung atheistisch-marginalistischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren.

Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Weg der Kompromisse um der Partitit willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Geschichte des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen

men zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiet ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den in Gang befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise.

Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande völlige Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Frellich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen aus den Gebieten des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenaustausches, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen. Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundfrage und Voraussetzung aber jeder wirklichen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit. Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben und den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird unabhängig von Parteien den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland führen.

Eine Erklärung Brünnings wird angekündigt.

Berlin, 5. Juli. (P.M.) Aus Zentrumskreisen wird mitgeteilt, daß der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning in den nächsten Tagen mit einer öffentlichen Erklärung über die Gründe seines Rücktritts hervortreten werde. Der Hauptvorstand der Zentrumspartei ist zu einer Sitzung einberufen worden, die am kommenden Mittwoch in Berlin stattfinden wird.

Der Reichstag aufgelöst!

Das vom Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichnete Auflösungsdekret für den Reichstag ist am Sonnabend mittag dem Reichstagspräsidenten Loebe zugegangen. Es hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Landtagswahlen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident, gez. von Hindenburg.

Der Reichskanzler, gez. von Papen.

Der Reichsminister des Innern, gez. von Gajl.

Der Termin für die Reichstags-Neuwahl wurde noch nicht festgesetzt, weil sich der Innenminister erst mit den Länderregierungen ins Benehmen setzen will. In Betracht kommt wahrscheinlich der 24. oder der 31. Juli.

Statt Reichstag — Nationalversammlung?

Nach einer Berliner Meldung der „Döpreuß. Ztg.“ wird in politischen Kreisen der Reichshauptstadt im Hinblick auf die Reichstagsneuwahlen auf verschiedene völlig ungelöste grundsätzliche Probleme hingewiesen. Es habe sich nicht nur im Reich, sondern auch in einer ganzen Reihe von Ländern herausgestellt, daß die schon von Anfang an beobachteten Mängel der Weimarer Verfassung bis zu fast völliger Unhaltbarkeit der in ihr gegebenen Richtlinien angewachsen sind. Wird doch sogar Preußen von einer geschäftsführenden Regierung verwaltet, die alle Anstalten macht, nicht auf Wochen, sondern auf Monate hinaus im Amte zu bleiben. Auch im Reich ist, wie man ja weiß, die Bildung einer Regierung nach den normalen Weimarer Bestimmungen schon seit zwei Jahren völlig unmöglich. Man fragt sich also, ob der Reichspräsident wirklich gewillt ist, die Praxis der Notverordnungen, mit denen er die Lücken der Verfassung schloß, noch bis ins Unendliche fortzusetzen. Seine Trennung von Brüning läßt eigentlich darauf schließen, daß er die Absicht hat, auf allen verfassungsmäßigen Wegen zu versuchen, den anormalen Zustand, den die Notverordnungspraxis geschaffen hat, zu beenden. So taucht in Berliner politischen Kreisen die Frage auf, ob es nicht besser wäre, statt einer Neuwahl zum Reichstag die Wahl zu einer neuen Grundlagen gebenden Nationalversammlung auszuschreiben und abzuhalten. Bei Prüfung der Sachlage scheint die neue Nationalversammlung wirklich der einzige Weg zu sein, auf dem man aus völlig unhaltbar gewordenen Weimarer Bestimmungen herauskomme.

Ein Reichskommissar für Preußen?

Es ist allseits mit besonderer Aufmerksamkeit vermerkt worden, daß der „Bölkische Beobachter“ sich für den Gedanken der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen einzusetzen beginnt, da es angesichts der mangelnden Neigung des Zentrums, mit der Rechten eine Koalition einzugehen, ohne diesen Reichskommissar unmöglich sei, das zurückgetretene Kabinett Braun, das nicht mehr dem Volkswillen entspreche, von seinen Ämtern zu befreien. Nach dem Vorschlag des nationalsozialistischen Blattes käme der Reichskanzler selbst oder aber der Innenminister Freiherr von Gajl für den Posten eines Reichskommissars für Preußen in Frage. Es wird davon abhängen, wie sich die Regierung zu der Angelegenheit, die zweifellos in einer der nächsten Kabinettsitzungen erörtert wird, stellt.

Andererseits ist es allerdings auch möglich, daß die Entscheidung in Preußen bis nach den Reichstagswahlen vertagt wird, wobei man offenbar die Hoffnung hegt, daß das Zentrum sich nach den Wahlen zugänglicher zeigen werde.

Nationalsozialistische Anträge im Preussischen Landtag.

Berlin, 5. Juni. (P.M.) Die nationalsozialistische Fraktion hat im Preussischen Landtag den Antrag gestellt, die Preussische Regierung möge bei der Reichsregierung zwecks Aufhebung des Verbotes der S. A. sofort vorstellig werden. Ein weiterer Antrag der Fraktion geht dahin, die Republikanische Delegation sofort zu verbieten, und die enteigneten Güter den Hinterbliebenen der Kriegssopfer zu überlassen.

Freiherr von Neurath in London.

London, 5. Juni. (P.M.) Der neue Reichsaußenminister Freiherr von Neurath ist heute früh in London eingetroffen. Er wird morgen in einer Abschieds-Audienz vom König empfangen werden. Reichsaußenminister von Neurath wird bis zum Freitag in London bleiben und wird in dieser Zeit mit dem Ministerpräsidenten MacDonald und dem Außenminister Simon mehrere Besprechungen haben.

Die Antwort des Brälaten.

Kaas an Papen.

Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, hat den an ihn gerichteten Brief des Reichskanzlers von Papen mit folgendem Schreiben beantwortet:

„Wenn Worte einen Sinn und Erklärungen einen Wert haben sollen, mußte ich auf Grund unserer Aussprache am Dienstag nachmittag mit Sicherheit annehmen, daß Sie das Amt des Reichskanzlers aus zwingenden Gründen nicht übernehmen würden. Von dieser Auffassung ausgehend, habe ich mich in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes für die Loyalität Ihrer Entschliessung verbürgt. Unmittelbar danach traf die Nachricht ein, daß Sie im Gegensatz zu der mir gegebenen Zusage anders entschieden hätten. Wenn Sie in Ihrem Schreiben als ein Motiv die Notwendigkeit einer „Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte“ betonen, so umschreiben Sie ein politisches Ziel, an dem die Zentrumspartei und ich selbst im Sinne der Verwirklichung des nationalen Volksstaates seit Jahren unermüdet arbeiten. Die Verwirklichung eines solchen Gedankens verlangt aber eine möglichst breite Basis, das heißt den ernstgemeinten Versuch zur Zusammenfassung der aus allen Lagern sich zu staatspositiver Arbeit bereitfindenden Kräfte. Sie selbst haben mir seinerzeit im Anschluß an Ihre Dölmener Rede und in Ausdeutung derselben ausdrücklich erklärt, daß zu einer nationalen Konzentration auch prominente Männer der Linken, selbst der sozialdemokratischen Linken gehören sollten. Für uns ist es dabei eine vom katholischen Bissen herkommende Selbstverständlichkeit, daß den Grundtendenzen des Christentums die ihnen gebührende Einflußnahme auf das gesamte Staatswesen in tatkräftigem Handeln gesichert werden muß. Ein solcher Grundgedanke muß dann aber auch von jenen Kräften befaßt und in der Praxis getätigt werden, die ein neues Deutschland heranzuführen wollen. Die Hoffnung der jungen Generation wird eine große Enttäuschung erfahren, wenn man nur äußerlich diese kulturelle Parole ausgeben würde, ohne daß alle führenden Kräfte der nationalen Konzentration die Fähigkeit und Bereitwilligkeit mitbrächten, diese Parole auch sachlich und innerlich bis in ihre letzten Folgerungen zu verwirklichen. Ein Christentum der Etikette wäre wertlos. Was allein auch im Politischen helfen kann, ist das Christentum der Tat.

Sie unterscheiden zwischen dem Parteimann und dem Deutschen. In meiner Überzeugung ist für eine solche Teilung kein Platz. Sie als Kenner meiner politischen Auffassungen werden auch am wenigsten annehmen können, daß ich oder die von mir geführte Partei fähig wäre, über partei-egoistischer Enge das Vaterländische zu verpassen. Beweis hierfür ist unser Eintreten für denjenigen Mann, den Sie in Ihrem Schreiben als Symbol der Zusammenfassung bezeichnet haben. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß der frühere Herr Reichskanzler Dr. Brüning in Übereinstimmung mit meiner Partei und mir den Versuch gemacht hat, die Wahl des Herrn Reichspräsidenten als gemeinsamen Kandidaten des gesamten Volkes jenseits aller politischen Gruppierungen ohne inneren Kampf zu sichern. Diese Wahrheit vaterländische Aktion hat das Verständnis und die Unterstützung auch in solchen Gruppen gefunden, die Sie jetzt aus der nationalen Konzentration ausschließen. Und sie fand erbitterten Widerstand in Kreisen derer, mit denen Sie die nationale Konzentration jetzt durchführen zu können glauben.

Ich würde es begrüßt haben, wenn Sie in Konsequenz Ihrer früheren Haltung aus den erwähnten Tatsachen diejenigen Folgerungen gezogen haben würden, die sich für jeden vorurteilsfreien Beurteiler daraus ergeben haben. Zudem Sie dieses Moment einer wirklichen Konzentration hintangelegt haben, sind Sie, wie Sie selbst empfunden und in Ihrem Schreiben zum Ausdruck gebracht haben, von dem auf Volksgemeinschaft eingestellten Grundgedanken der Zentrumspartei abgewichen. Sie haben aus diesem Gegensatz bereits die persönlichen Folgerungen für Ihre politischen Beziehungen gezogen.

Ich nehme an und glaube auf Grund mündlicher Äußerungen Ihrerseits dazu berechtigt zu sein, daß der von Ihnen vollzogene Schritt der Trennung von der Organisation der Zentrumspartei Ihnen nicht leicht gefallen ist. Zu dieser Annahme fühle ich mich um so berechtigter, als Ihr Schreiben eine rückhaltlose Anerkennung der Arbeit unseres hervorragenden Vertreters, des früheren Herrn Reichskanzlers Dr. Brüning, enthält. Ich bin und bleibe davon überzeugt, daß keine sachlich vertretbare, der inneren Sammlung und der internationalen Friedensarbeit und deutschen Weltgeltung dienende Richtung der deutschen Politik sich von der Linie entfernen kann, welche Herr Dr. Brüning unter namenlosen Mühen und unversöhnlichen Anfeindungen verfolgt hat. Viele von denjenigen, die heute in der Diskantierung von der bisherigen Arbeit und ihren Trägern eine Verbesserung der deutschen Erfolgsaussichten sehen, werden nach meiner Überzeugung in kurzer Zeit erkennen, daß der von Ihnen beschrittene Weg ein Irrweg ist.“

Die Vorgeschichte.

Zu dem Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler, päpstlichen Kammerherrn und früheren Zentrumsabgeordneten von Papen und dem Zentrumsführer Prälat Kaas, gibt jetzt die Reichsregierung eine Darstellung, die die Vorgeschichte der Übernahme des Kanzleramtes durch Herrn von Papen erzählt.

Herr von Papen hatte, bevor er sich zum Reichspräsidenten begab, eine Aussprache mit Prälat Kaas über die Stellung der Zentrumspartei zu einer gegebenenfalls an ihn zu richtenden Berufung durch den Reichspräsidenten. Hierbei erklärt Dr. Kaas, es sei für die deutsche Zentrumspartei ausgeschlossen, daß eines ihrer Mitglieder die Führung der neu zu bildenden Regierung oder einen Sitz in ihr übernehme. Ein solcher Schritt würde die Trennung von der Partei bedeuten. Herr von Papen erwiderte, daß damit die Voraussetzung fortfalle, unter der ihn der Reichspräsident wahrscheinlich berufen habe: eine Synthese zwischen den in der Zentrumspartei organisierten Kräften und der politischen Rechten herzustellen. Er werde daher einen in diesem Sinne an ihn gerichteten Auftrag ablehnen.

Herr von Papen hat sodann in der darauf stattfindenden Besprechung dem Reichspräsidenten von dem Inhalt dieser Unterredung Kenntnis gegeben und den Reichspräsidenten gebeten, von seiner Berufung Abstand zu nehmen.

Erst nachdem der Reichspräsident Herrn von Papen erklärte, daß er ihn nicht in seiner Eigenschaft als Parteimann, sondern als Deutscher gerufen habe und daß er an sein vaterländisches Gewissen appelliere, sich in dieser schweren Stunde ihm nicht zu verlagen, hat Herr von Papen die Berufung angenommen. Von dieser Entscheidung hat der Reichskanzler Herr Prälaten Kaas unmittelbar nachher Kenntnis gegeben.

Wahlergebnis in Mecklenburg-Schwerin.

Werden die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit erzielen?

Schwerin, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wahlen am gestrigen Sonntag hatten bisher folgendes Ergebnis (die Mandatsziffern des alten Landtags folgen in Klammern):

Nationalsozialisten	29 (4) Mandate
Sozialdemokraten	18 (20) Mandate
Deutschnationale	5 (11) Mandate
Kommunisten	4 (8) Mandate
Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger Christlichsoz., deutsche Volksp., Wirtschaftsp.)	1 (10) Mandate
Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft (Staatspartei und Mieter)	1 (2) Mandate

Es fehlen noch die Ergebnisse aus 20 Stimmbezirken, die aber für die Regierungsbildung entscheidend sein können. Die Nationalsozialisten haben von 58 Mandaten des Mecklenburger Landtages bisher genau die Hälfte erobern können. Zur absoluten Mehrheit fehlt ihnen noch eine Abgeordnetenstimme, die sie vermutlich bei der Auszählung der noch fehlenden Wahlergebnisse auch erhalten werden. Es ist aber ebensoviele möglich, daß bei Stuzurechnung der fehlenden Stimmen die Deutschnationalen noch ein sechstes und die Kommunisten noch ein fünftes Mandat erhalten werden. In diesem Fall dürften die Nationalsozialisten von 60 bzw. 61 Mandaten 30 befehlen, also wiederum nicht die absolute Mehrheit erhalten und auf eine Mitregierung der Deutschnationalen angewiesen sein. Eine Mehrheit beider Rechtsparteien ist in jedem Falle gesichert.

Umsturz in Chile.

Wie aus Santiago de Chile, der Hauptstadt der südamerikanischen Republik Chile gemeldet wird, ist dort am Sonnabend früh der Belagerungszustand verhängt worden. Die Veranlassung dazu war ein inzwischen geslichter Aufstand zur Errichtung einer sozialistischen Regierung in Chile. Außer den Arbeiterparteien soll insbesondere das Fliegerkorps für einen solchen Umsturz eintreten. Es heißt aber, daß auch andere Teile der Armee und sogar die dem Offizierkorps angehörenden Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts an der Verschwörung beteiligt seien.

Am Sonntag, dem 5. Juni, hat der Aufstand mit dem Siege der meuternden Armeeverbände und dem Rücktritt des erst im vergangenen Herbst zur Regierung gelangten Staatspräsidenten Monyperto geendet. Es soll nunmehr eine nationale und soziale Republik ausgerufen werden, die sich sowohl gegen bolschewistische Tendenzen, als auch gegen die übermächtigen Einflüsse des ausländischen Kapitals wenden will. Der Grundsatz des Privateigentums soll erhalten bleiben; aber die großen Vermögen sollen der Beschlagnahme verfallen.

Die seit Jahren feststellbare wirtschaftliche Not und die damit eng zusammenhängende politische Unruhe in Chile ist vor allem auf die weitgehende Ausschaltung des in Chile gemonnenen Salpeters durch künstlichen Dünger zurückzuführen.

Santiago de Chile, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Den letzten Meldungen zufolge ist Präsident Monyperto von seinem Posten nicht zurückgetreten.

Erpressungsversuch an Marlene Dietrich.

Verbrecher drohen mit der Entführung ihres Kindes.

Drohbriefe, die Marlene Dietrich und der Regisseur von Sternberg von Entführern erhielten, haben bei vielen Eltern in Amerika eine Panik hervorgerufen. Marlene Dietrich ist aufgefordert worden, 20 000 Dollar zu bezahlen, um dadurch die Entführung ihres sechs Jahre alten Kindes zu verhüten. Vor acht Wochen bekam sie den ersten Drohbrief, in dem sie aufgefordert wurde, 10 000 Dollar zu zahlen. Der zweite Drohbrief an sie wurde der Frau des wohlhabenden deutschen Kaufmanns Gagn Müller überhandt. Auch von Frau Müller wird eine Zahlung verlangt und im Falle einer Weigerung mit der Entführung ihres 5 Jahre alten Sohnes gedroht.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 6. Juni.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet nur zeitweise Aufbesserung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Schweres Unglück in Hoheneiche.

Granatexplosion fordert ein Todesopfer.
Ein Schwerverletzter.

Am Morgen des gestrigen Sonntags begaben sich die beiden Arbeitslosen Anton Augustynowicz und Franz Wis, beide in der Prinzenstraße wohnhaft, nach Hoheneiche, in der Absicht dort Alteisen zu sammeln. Bei ihrer Suche fanden sie auf dem Gelände der Munitionswerkstätten eine Granate. Während Augustynowicz weiter auf dem Gelände herumkutschte, machte sich Wis daran, mit Hilfe einer Hacke den Messingring herunterzuschlagen. Augustynowicz warnte ihn vor dieser Tätigkeit. Er wollte noch einmal einen Schlag versuchen, der jedoch eine Katastrophe herbeiführen sollte. Es kam zu einer Explosion, deren Folgen verhängnisvoll waren. Wis wurde durch die Granatsplitter vollständig zerrissen, während Augustynowicz, der etwa 6-10 Meter entfernt gewesen war, und sich im Augenblick der Explosion sofort zu Boden geworfen hatte, schwere Verletzungen erlitt. Auf das Stöhnen des Verletzten eilte Hilfe herbei. Der Rettungswagen schaffte den Schwerverletzten in das Krankenhaus. Die Leiche des Wis wurde an der Unfallstelle gelassen, bis eine Kommission zur Untersuchung ersicht. Nach Aufnahme eines Protokolls gab die Kommission die Leiche frei, die sodann in die Halle an der Schübener Chaussee geschafft wurde.

Bei dem Toten handelt es sich um einen 30-jährigen verheirateten Mann, der Frau und ein Kind hinterläßt. Augustynowicz ist 18 Jahre alt. Die Not hatte beide gezwungen, durch Sammeln von Alteisen sich einige Groschen zu verdienen.

Ein Dampfer rammt ein Ruderboot.

Ein Unfall, der leicht schwere Folgen hätte haben können, ereignete sich gestern in den Vormittagsstunden auf der Brabe. Der Passagierdampfer „Delphin“ vom Lloyd Hinterpommern fuhr um die genannte Zeit auf ein Ruderboot des 61. Infanterie-Regiments auf. Durch den Zusammenprall wurden der Steuermann und vier Mann der Bootsbesatzung ins Wasser geschleudert. Alle konnten sich glücklicherweise retten. Das Boot selbst wurde in zwei Teile zerschnitten. Wer die Schuld an dem Unglücksfall trägt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Erfolgreiche Bromberger.

Ein ehem. Bromberger — deutscher Mittelgewichtmeister.

Ein ehemaliger Bromberger hat am vergangenen Freitag sein Können als anerkannter Boxgröße unter Beweis gestellt: Erich Seelig ist ungefähr 33 Jahre alt und boxt seit fünf Jahren. Trotz seiner Jugend kann er schon auf eine sehr erfolgreiche Laufbahn zurückblicken.

Als Sohn des Fleischermeisters Max Seelig in Bromberg geboren, besuchte er das hiesige Gymnasium. Nach Verlassen der Schule wanderte er 1923 mit seinen Angehörigen nach Berlin aus und trat dort in ein Getreidegeschäft ein. Er schloß sich dem Berliner Sportverein Tennis-Vorussia an und bildete sich dort in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem erfolgreichen Boxer aus. Während seiner Amateurlaufbahn gelang es ihm zweimal, die Brandenburgische Mittelgewichtmeisterschaft zu erlangen. Im Herbst 1930 trat er dann in das Lager der Berufsboxer über, um sich auch hier die Sympathien des Publikums zu erwerben. Seine Fairness und sein gutes Können machten ihn bald zum Liebling der Berliner. Nach acht Kämpfen, die er alle für sich entscheiden konnte, erreichte er im November vorigen Jahres den Höhepunkt seiner bisherigen Laufbahn. Er konnte nach schwerem Kampfe gegen den ausgezeichneten Bochumer Seifried die deutsche Meisterschaft der Mittelgewichtsklasse an sich bringen. In seinem letzten Kampfe mit dem hervorragenden Hannoveraner Trollmann in der Berliner Boxbrauerei schlug er diesen ebenfalls sicher nach Punkten. Seiner blendenden Fußarbeit, einem sicheren Auge, seiner Schnelligkeit und Technik, die Hauptmerkmale seines Könnens, hat er seinen schnellen Aufstieg zu verdanken. G. A.

Erfolge Bromberger Tennisspieler in Danzig.

Bei dem Rot-Weiß-Turnier in Danzig um die Meisterschaft beteiligten sich auch Mitglieder des hiesigen Deutschen Tennis-Clubs, die angesichts der großen Zahl hervorragender Spieler aus Poppo, Danzig und Königsberg außerordentlich günstig abgeschnitten haben. Bei dem Spiel um die Damen-Meisterschaft konnte Frau Groß-Bromberg den 3. Preis gewinnen. Sie hatte in der ersten Runde Frau Hohmann 6:2, 6:4, in der zweiten Runde Frau Kutteneuler 6:3, 6:1 geschlagen und war in der Vorklustrunde auf die Danziger Meisterin Frau Müller gestossen. Hier unterlag sie 3:6, 5:7.

In der Damen-Junioren-Klasse konnte sich Frä. Käthe Krause den zweiten Preis holen. Sie hatte sich bis zur Schlussrunde durchgespielt und unterlag gegen Frä. Glowinska 6:2, 6:2.

Sieg eines Bromberger Radfahrers.

Zu dem großen Straßenrennen am gestrigen Sonntag auf der Strecke Krakau-Kattowitz und zurück, über 160 Kilometer, gelang es dem bekannten Bromberger Rennfahrer Felty Wieczek in überlegener Weise den ersten Preis zu erringen und die Elite der Straßenfahrer Polens hinter sich zu lassen.

Der Sieger benutzte, wie in seinen vielen früheren Siegesfahrten die Marke Original Rekord, ein Erzeugnis der hiesigen Pomorska Fabryka Kowerom, deren Fabrikate übrigens wiederum auf der diesjährigen internationalen Londoner Ausstellung mit dem Grand-Preis und der großen Medaille prämiert wurden.

§ Scharfschießen veranstaltete das 62. Infanterie-Regiment am 9. und 10. d. M. auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

§ Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 9. Juni, um 6,30 Uhr abends statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Erhöhung der Schlachtgebühren um 100 Prozent, die Bilanz der Stadt-Sparkasse und die Einführung einer Abgabe von 3 Bloty für Radfahrkarten.

§ Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am vergangenen Freitag in den an der Artillerie-Straße gelegenen Werkstätten der 8. Militär-Autokolonne. Dort war der Arbeiter Kazimierz Czajkowski, Danzigerstraße 130, mit dem Reinigen eines in den Boden eingelassenen Benzinbassins beschäftigt. Infolge der sich in dem Bassin befindlichen Gase mußte diese Arbeit in bestimmten Zeitschnitten unterbrochen werden. Als er nach der zweiten Pause nach vorgeschriebener Zeit nicht wieder herauskam, hielt die Wache nach ihm Ausschau. Man fand Czajkowski bewußtlos am Boden des Bassins. Der Wagen der Rettungswache schaffte ihn in das Krankenhaus. Sein Zustand ist bedenklich, da er eine schwere Vergiftung erlitten hat.

§ Die rasenden Radfahrer, auf deren Unsitte wir erst kürzlich hingewiesen haben, haben wieder zwei Unfälle auf dem Gewissen. Von der Schwedenbergstraße kam am Sonnabend vormittag ein Radfahrer in großer Geschwindigkeit herunter und überfuhr den den Fahrdamm überquerenden Tischler Otto Rudrielleit. Der Überfahrene brach sofort ohnmächtig zusammen und mußte in das Städtische Krankenhaus eingeliefert werden. Die Untersuchung ergab, daß R. einen Armbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten hat. Der Radfahrer, ein junger Burche von etwa 18 Jahren, ist bei dem Zusammenprall selbst gestürzt und hat ebenfalls Verletzungen erlitten. — Von einem Radfahrer angefahren wurde ferner gegen 11 Uhr vormittags auf dem Friedrichsplatz ein hiesiger Kaufmann. Glücklicherweise war hier der Anprall nicht so heftiger Art, so daß eine Verletzung nicht eingetreten ist.

§ Wegen Betruges hatte sich der 34-jährige Tapezierer Anton Repka aus Bromberg vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Im November 1929 kaufte der Angeklagte von der Firma „Singer“ eine Nähmaschine für 520 Bloty. Später verkaufte er die Maschine, für die er nur eine kleine Anzahlung geleistet hatte, durch Vermittlung eines Schlossermeisters an eine andere Person. Die Firma, die sich ihr Eigentumsrecht bis zur endgültigen Bezahlung vorbehalten hatte, stellte gegen R. Strafantrag. R. will die Maschine dem Schlossermeister jedoch nur zur Reparatur gebracht haben, die dieser dann angeblich ohne Wissen des Angeklagten weiter verkauft haben soll. Diese Angaben des R. werden jedoch durch die Aussagen der Zeugen widerlegt, worauf der Angeklagte vom Gericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

§ Pech gehabt haben drei jugendliche Arbeiter aus Rakel, die sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Diebstahls zu verantworten hatten. In der Nacht zum 20. Januar d. J. stahlen sie aus einem Speicher der Firma Bärwald in Rakel 160 Kilogramm Roggen. Die drei hatten jedoch noch nicht richtig ausgeschlafen, als bereits die Polizei bei ihnen erschien und sie festnahm. Sie wunderten sich nicht schlecht, woher die Polizei so schnell wußte, daß gerade sie den Roggen gestohlen hatten. Die Erklärung dafür fanden sie dann auf dem Polizeiamt. Beim Wegschaffen des Roggens hatte sich in dem einen Sack eine kleine Öffnung gebildet, aus der die Roggenkörner, ohne daß die Diebe es gemerkt hatten, herausgeschüttet und so eine Spur bis in die Wohnung des einen Angeklagten hinterließen. Das Gericht verurteilte zwei der Angeklagten zu je drei, den dritten Angeklagten, der an dem Diebstahl weniger Anteil hatte, zu einem Monat Gefängnis. Allen dreien wurde ein dreijähriger Strafausschub gewährt.

§ Die Leiche des am 20. Mai beim Baden in der Weichsel bei Dirmehle ertrunkenen Elektrotechnikerlehrlings Felty Schulz wurde in der Nacht zum 1. Juni durch den Fischer Stefan Brzeziński aus Jordan geborgen und durch das Bürgergericht in Culm zur Beerdigung freigegeben.

v. Argentan (Gniwkowo), 4. Juni. Am helllichten Tage wurde am Donnerstag bei dem Besitzer August Krüger in Magdalena ein Einbruch verübt. Unbekannte Diebe öffneten mittels eines Dietrichs die Stubentür und entwendeten Betten, Kleidungsstücke und ein Fahrrad. Der Schaden wird auf 800 Bloty geschätzt.

z Inowroclaw, 4. Juni. Am Freitag dieser Woche hatte sich vor dem hiesigen Bürgergericht Kazimierz Plichzinski, ul. Koscielna, wegen Unterschlagung zu verantworten. Er hatte in einer Ermittlungssache von einer Frau ca. 200 Bloty zur Hinterlegung beim Gericht erhalten, dies anscheinend jedoch vergessen und das Geld in seine Tasche gesteckt. Der Angeklagte, der schon dreimal vorbeirast ist, verteidigt sich damit, daß der Prozeß auch ohne das hinterlegte Geld zu Ende geführt wurde, er auch bereits die Hälfte zurückgezahlt habe und der Rest der Frau zur Verfügung stehe. Das Gericht sah aber eine Unterschlagung als erwiesen an und verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis.

z Posen (Poznań), 4. Juni. Gestern nachmittag wurde das Andrzei Nowak'sche Wohngebäude Fabrikstraße 6, das von nicht weniger als 45 Familien bewohnt wird, von einem heftigen Dachstuhlbrande heimgesucht, der, in einer Bodenkammer entstanden, sich bald über den ganzen Dachstuhl ausdehnte. Die Wehr bekämpfte das Feuer aus sieben Schläuchen; erst nach zweistündiger angestrengter Tätigkeit gelang es ihr, den gefährlichen Brand, der inzwischen einen großen Schaden angerichtet hatte, zu löschen. Das Feuer ist vermutlich durch fahrlässiges Umgehen mit einem offenen Licht entstanden. — In der fr. Berlinerstraße erfolgte ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Personenkraftwagen, wobei beide Wagen erheblich beschädigt wurden. Ein ähnlicher Unglücksfall trug sich an der Ecke der fr. Wasser- und Großen Gerberstraße zu. Dabei wurde der Kraftwagen besonders schwer beschädigt. Personen erlitten in beiden Fällen keinen Schaden. — Von einem Betrüglerpaar, einem „Herrn“ und einer „Dame“, um 100 Bloty erleichtert wurde der Landwirt Ignaz Klepacz aus dem Kreise Kempen, der hier eine behördliche Abmeldung vornehmen wollte. Die beiden boten ihm, der hilfesuchend in der Tiergartenstraße umher-

Bei Erkältungen, Grippe, Halsentzündung, Mandelanschwellung, sowie Nervenschmerzen und Gliederreihen tut man gut, mit einem halben Glas natürlichen „Franz-Josef“-Bitterwasser für tägliche Darmentleerung zu sorgen. In Apoth. u. Drog. erhältlich. (4890)

irrte, ihre menschenfreundliche Hilfe an, lockte ihn in den Flur eines Hauses der fr. Rollendorferstraße und schwindelten ihm 100 Bloty ab. Dann überließen sie ihn seinem Schicksal. — In der Ecke der fr. Wittlingstraße und des fr. Kaiser-Rings wurde ein Radfahrer Czajkowski von einem Kraftwagen überfahren. — Das bei einem Schneidermeister im Hause Breslauerstraße 20 in Stellung sich befindende 20-jährige Dienstmädchen Maria Magdziaf wurde heute früh tot im Bett aufgefunden. Es hatte aus unbekannter Ursache Selbstmord durch Vergiftung verübt. — Eine zweite Lebensmüde, die 20-jährige Sofia Krauczyk, sprang aus unbekannter Ursache aus dem vierten Stock eines Hauses in der fr. Glogauerstraße in den Garten hinab und zog sich einen Genickbruch zu. Sie wurde in schwerstem Zustand ins Krankenhaus gebracht, in dem sie bald nach ihrer Einlieferung verstarb.

Kleine Rundschau.

Woher haben die Blumen ihre Namen?

Schon in alten Zeiten beschäftigte sich das Volk naturgemäß mit Vorliebe mit der Pflanzenwelt, und der Volksmund erfand für die Blumen Namen, die zum Teil jahrhundertlang bis auf unsere Tage erhalten blieben. Die botanische Wissenschaft erkannte, daß die Namen besondere Eigenheiten der Pflanze ausdrückten, die auch ihr vornehmlich charakteristisch erschienen, und behielt die Mehrzahl bei. So haben einige Arzneipflanzen uralte Namen, die ihre medizinische Bedeutung verraten, die sie einmal hatten und zum Teil auch heute noch haben. Die Pestwurz galt als ein Mittel gegen die Pest, das Scharbockskraut wurde gegen das Scharbockskleiden angewandt, der Augentrost gegen Augenleiden. Das Tausendgüldenkraut, das noch heute in der Heilkunde verwandt wird, war als Heilpflanze so begehrt, daß es mit tausend Gulden bezahlt zu werden verdiente. Lungenkraut und Wundklee lagen uns deutlich, für was sie genutzt waren. Der Mensch war früher mit der Natur inniger verwachsen als heute und hatte vornehmlich mit der Pflanzenwelt, die ihm unentbehrliche Heilkräuter schenkte, die mit manchen Festen und Bräuchen uralten Zusammenhang hatte, einen innigen Kontakt. Das zeigen auch die Vornamen, die den Pflanzen und in erster Linie den Blumen ihre Namen geben halfen: Marienblümchen, Mariengras, Mariendistel, Margaretenblume. Die Agnella damascena wurde die „Braut in Haaren“. Unter den männlichen Vornamen steht „Johannes“ voran: Johanniskraut, Johannisblume, Johannisbeere, Johannisbrot. Ferner nennen wir noch: Jakobs Kreuzkraut, Aronstab, Kuprechtskraut. Die Liebe zur Natur bei unsern Vätern erblickt auch aus der Verbindung von Tier- und Pflanzenwelt bei der Namensgebung für die Pflanzen: Löwenzahn, Löwenmaul, Bärenklau, Bärenlauch, Bärlapp, Girchzungenfarn, Wolfsmilch. Dann haben wir noch den Fuchsschwanz, die Gamswurz, den Igelkolben und den Bocksbart. Auch die Vogelwelt hat viele Namen hergeben müssen: Krähenbeere, Adlerfarn, Storchschnabel, Wachtelweizen, Habichtskraut, Lerchensporn und Kuckucksblume. Selbstverständlich wurden auch die Namen von Haustieren herangezogen, um Pflanzennamen zu bilden: Ochsenmaul und Kuhblume, Eberesche, Kälberkropf, Schafgarbe und Katzenkraut, Schweinsohr und Schweinerübe, dann Hahnenfuß und Hühnerdarm, Taubenkropf und Gänseblume, Entenslott und Gänsefingerkraut. Aber auch die Kleinen und Kleinsten in der Tierwelt ließen bei der Pflanzentaufer ihre Namen: Motten und Mücken, Frösche, Bienen, Floh, Wanze und Laus, Kriebel und Fliegen und auch Kratter, Schlangen und selbst Drachen fehlen nicht in der langen Reihe unserer Pflanzennamen. Viele Blumen und voran die beliebtesten erhielten auch mehrere Namen, oder sie heißen hier so, dort so. Nicht immer aber geben Vielnamigkeit und Beliebtheit Hand in Hand. Ist doch der Name „Rose“ überall unverändert geblieben. Sehr oft gab auch die Form von Blüte, Blatt, Stengel oder Wurzel der Blume den Namen. Wir nennen da den Fingerhut, den Huslatick, das Helmkraut und das Herzblatt, das Kreuzkraut und den Spitzwegertich, den Hornklee und die Schwertlilie. Auch der Aberglaube und die naive Furcht des Volksgemüths haben manchen Blumenamen geschaffen: Teufelsabbich, Wasserpest, Behrwurz, Teufelshand, Irrkraut, Hexenkraut und Hexenmehl, Farnmännlein und Farnweiblein und Christushand.

In Danzig

nimmt unsere Filiale von

Zel. 1934 H. Schmidt, Holzmarkt 22, Zel. 1934

Inferate und Abonnements

zu Originalpreisen für die

„Deutsche Rundschau“

entgegen.

Verlangen Sie bitte in den Hotels und Restaurants die „Deutsche Rundschau“. Das Blatt liegt überall aus.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 6. Juni 1932.

Krakau — 2,68, Zawichost + 1,18, Warchau + 1,17, Błoc + 0,94, Thorn + 1,02, Jordan + 1,04, Culm + 0,88, Graudenz + 1,09, Kurzebrat + 1,32, Bielek + 0,50, Dirschau — 0,54, Emlage + 2,24, Schiewenhorst + 2,42.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Straßer; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hefke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 127

Pommerellen.

6. Juni.

Erstes deutsches Gaufingen in Pommerellen

(Von unserem nach Dirschau entsandten Redaktionsmitgliede.)

Dirschau, 5. Juni.

Die Weichselstadt Dirschau hatte gestern und heute ihre großen Tage. Der vor einem Jahre gegründete Gauverband der deutschen Gesangsvereine Pommerellens veranstaltete sein erstes Gaufingen. Die deutschen Gesangsvereine der Stadt Dirschau und die hinter ihnen stehende deutsche Gemeinde hatten es sich nicht nehmen lassen, Gastgeber der großen Zahl der erschienenen Sänger und Sängerinnen zu sein. Die beiden Tage waren Festtage des deutschen Liedes, sie brachten den Beweis, daß trotz der rückgängigen Zahl aller deutschen Gesangsvereine das deutsche Lied im kleinen und kleinsten Kreise als Hort gehütet wird, daß es als eines unserer großen Kulturgüter nicht nur in Ehren gehalten wird, sondern daß es eine Quelle zur Aufrechterhaltung und Erneuerung völkischen Lebens ist. Es war eine stattliche Schar, die sich in der Stadt Dirschau versammelte. Man hatte dem deutschen Liede einen breiteren Rahmen gegeben, als es zunächst vorgesehen war. Es wurde nicht nur von den im Gau Pommerellen zusammengeschlossenen Männergesangsvereinen vorgetragen, es hatten sich zum Beweise seiner Pflege ebenso zahlreiche gemischte Chöre Pommerellens eingefunden. Da waren vertreten die gastgebenden vereinigten Männerchöre und die vereinigten gemischten Chöre von Dirschau, unter ihrem greisen Chormeister Emil Simon, dem zur Seite Chormeister Edmund Karlickowski stand, da sah man die Männerchöre und gemischten Chöre von Stargard (Chormeister Schenkel), Schöneck (Chormeister Bunn), die „Liedertafel“ Graudenz unter Musikdirektor Hetschko, unter dessen Stabsführung sich alle Chöre zu einem gewaltig klingenden Chorkörper vereinigten. Da holten sich die Chöre von Schwes, Culm und Grutischno unter Chormeister Rad das einen verdienten Beifall, der Männergesangsverein Konitz bewies unter Chormeister Schulz, daß es in Konitz einen bewußten Hüter des deutschen Liedes gibt. Und der Männergesangsverein „Melocordia“ aus der nördlichsten Stadt, Pommerellens, Neustadt, unter Chormeister Welz, rief mit seinem frischen jungen Stimmaterial in den Rängen Verwunderung hervor.

Das Gaufingen begann mit einem Begrüßungsabend am Sonnabend, dem 4. Juni, im großen Saale der Stadthalle. In kurzen Worten begrüßte der Vorsitzende des Festauschusses, Bruno Schmeling-Dirschau, die erschienenen Gaugeschwister und Sangesbrüder, den Bundesvorsitzenden Kreisler-Bromberg, den Gauvorsitzenden, die zahlreich erschienenen Ehrengäste und die Vertreter der Presse. Der Vorsitzende des Bundes der deutschen Gesangsvereine Polens überbrachte dem Gauverbande Pommerellen herzliche Grüße des Bundes.

Der heutige Tag begann mit einem Festgottesdienst in der alten St. Georgenkirche, in welchem die einheimischen Chöre das Schubert'sche „Sanctus“ und Chöre aus der „Schöpfung“ von Haydn sangen. Ein gemeinsames Festessen im roten Saale der Stadthalle vereinigte alle Sänger und Sängerinnen und Gäste. Der Vorsitzende der Dirschauer Gesangsvereine konnte als Gast Herrn Superintendent Harhausen begrüßen, der allen in Dirschau zu dem seltenen Fest des Gaufingens vereinigten deutschen Sängern einen herzlichen Glückwunsch übermittelte und dem Gaufingen einen würdigen Verlauf wünschte. Das Festkonzert fand im großen Saale der Stadthalle am Nachmittage statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Eine besondere Note erhielt die Festveranstaltung durch die Begrüßungsansprache des Senators Hasbach, der das deutsche Lied als den stärksten Träger deutscher Volksgemeinschaft und deutschen Zusammengehörigkeitsgefühls pries.

Wir werden in der folgenden Ausgabe unserer Zeitung einen eingehenden Bericht über das Festkonzert und den Verlauf des Gaufingens bringen.

Graudenz (Grudziadz).

Das Schweyer Liebesdrama.

bei dem der 24jährige Cleve des dortigen Marine-Orchesters Stefan Kowalski seine Braut Anna Mroz auf deren Wunsch mittels Durchschneidens der Kehle getötet, von dem Vorhaben, sich selbst das Leben zu nehmen, auf Flehen des Mädchens aber Abstand genommen hat, kam am Freitag vor der Strafkammer des Bezirksgerichts in Graudenz zur erneuten Verhandlung. Der vor einigen Wochen stattgefundenen ersten Termin in dieser Angelegenheit war bekanntlich vertagt worden, weil das Gericht auf Antrag der Sachverständigen beschloß, die Leiche der Anna Mroz zwecks genauer Feststellung der Todesursache zu exhumieren. In der Freitagverhandlung sagten die Zeugen wieder sehr vorteilhaft für den Angeklagten aus. Dieser zeigte sich weniger aufgeregt als in der ersten Verhandlung, schilderte eingehend den Sachverhalt seiner grausigen Tat, der sich mit den ersten Aussagen und denen der behördlichen Feststellungen in jedem Betracht deckte.

Von den beiden ärztlichen Sachverständigen Dr. Bednarz und Dr. Tarkowski wurden für den Verlauf der ungewöhnlichen Affäre wesentliche Darlegungen gegeben. Dr. Tarkowski stellte fest, daß nach der vorgenommenen Sektion der Leiche des jungen Mädchens dessen Tod durch die Folgen des ihr mit dem Rasiermesser beigebrachten Schnittes eingetreten sei. Es habe sich um eine sehr ernste Verwundung der Luftröhre usw. gehandelt, jedoch wäre bei allerdingst möglicher ärztlicher Hilfe eine Rettung der Verletzten vielleicht möglich gewesen. Das längere Verbleiben der Unglücklichen aber in der Wohnung ohne jeden Beistand habe eine Lungenerkennung zur Folge gehabt. Infolge dieser Komplikationen sei dann der Tod des Mädchens erfolgt. Dr. Bednarz stellte in seinem psychiatrischen Gutachten den Angeklagten als einen äußeren Einflüssen leicht unterliegenden Menschen hin, der im kritischen Moment

automatisch, ohne freie Willensbestimmung gehandelt habe. Beschränkte Denk- und Berechnungsfähigkeit seien dem Angeklagten anhaftende Eigenschaften. Das Gericht (Vorsitzender: Vizepräsident Dr. Kornicki) gelangte auf Grund seiner Wahrnehmungen und Anschauungen über den Angeklagten und seine schreckliche Tat zu einem verurteilenden Erkenntnis und erkannte auf drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft seit dem 9. März d. J. *

Vertretung des Kreisärztes. Wie der Starost des Landkreises Graudenz im amtlichen Organ bekanntmacht, wird der Kreisarzt in der Zeit vom 1. bis zum 15. Juni d. J. vom Kreisarzt in Briesen (Wabrzeźno), Tel. Nr. 120, in den Amtsgeschäften vertreten. *

Dachbrand. Die Feuerwehr wurde Sonnabend mittags 12.20 Uhr nach der Czarniecki-Kaserne alarmiert, wo im Block II (Eisenbahner) durch Ruß aus einem Schornstein das Pappdach in Brand geraten war. Von der Wehr konnte das Feuer in kurzer Tätigkeit unterdrückt werden, ohne daß es besonderen Schaden angerichtet hätte. *

Wochenmarktbericht. Am Sonnabend kostete Butter 1,20-1,40, Eier 1,10-1,20, Weiskäse 0,10-0,50, Tilsiterkäse 0,80-1,40, Stachelbeeren 0,40-0,50, Rhabarber 0,15-0,20, Blumenkohl 0,20-1,50, Mohrrüben Bdh. 0,15-0,20, Spargel 0,60-0,90, Kohlrabi Bdh. 0,25, Salat 3 Köpfe 0,10, Spinat 0,20, Radishes 2 Bdh. 0,15, Kartoffeln Zentner 2,80 bis 3,00, Pfund 0,04, Zwiebeln alte 0,60, junge Bdh. 0,05 bis 0,08; alte Hühner 2,80-3,50, Enten 2,50-3,25, junge Hühner Paar 3,00-4,00, Tauben Paar 1,30-1,40. Auf dem Fischmarkt kosteten große Male 1,30-1,40, kleine 0,80-1,00, Sechse 0,90, Schleie 0,80-0,90, Karauschen 0,60-0,80, Breßen 0,90, Pirke 0,30-0,50, Krebse Stück 0,10-0,15. *

Der letzte Pferde- und Viehmarkt war besser besetzt als sein Vorgänger; Luxusperde waren überhaupt nicht vertreten. Einige örtliche und fremde Händler hatten kleinere und erheblichere Koppeln gestellt, in denen man noch recht gute Arbeitstiere bemerken konnte. In den Preislagen von 250-400 Zloty waren die besten der vorhandenen Exemplare zu erwerben. Im Durchschnitt zahlte man jedoch Preise unter 200 Zloty. Meistens wurden nur ganz geringwertige Tiere gehandelt. So konnte von einem wesentlichen Umsatz nicht die Rede sein. Rindvieh hatte ein etwas stärkeres Angebot zu verzeichnen. Beste Stücke waren aber ebenfalls nicht aufgetrieben. Man zahlte für die bestmöglichen Milchkuhe 200 bis höchstens 300 Zloty. Am lebhaftesten war der Handel in geringwertigen Exemplaren. *

Der tägliche Fahrraddiebstahl. Jan Lamkowski aus Culmsee wurde am Freitag auf dem Terrain des hiesigen Schlachthofes sein 100 Zloty Wert besitzendes Fahrrad, das er eine Zeitlang unbeaufsichtigt dort hatte stehen lassen, entwendet. — Weiter sind bestohlen worden: Magdalena Koldziejka, Birgenstraße (Sienkiewicza) 9, um ihre einen Wert von etwa 100 Zloty besitzende Uhr (bei Diebstahl wurde im Friedhofsgarten an der Gartenstraße verübt), sowie Wiktor Zmijewski aus Stanislawo, Kr. Graudenz während des Graudenzier Vieh- und Pferdemarktes um seine Brieftasche mit Dokumenten. — Drei Diebe und fünf in der Trunkenheit skandalisierende Personen wurden dem Sonnabend-Polizeibericht zufolge festgenommen. Zur Strafmeldung gelangten zwei Radfahrer, die in der Dunkelheit ohne Licht gefahren sind. *

Thorn (Torun).

Eisenbahn-Fahrpreisermäßigungen

für Sonntags-Ausflüge.

Nachdem wir kürzlich darüber berichtet hatten, daß der in der Vorkriegszeit bekannte Eisenbahn-Ausflugsverkehr an Sonn- und Feiertagen leider ganz eingeschlagen ist, weil die Eisenbahnverwaltung keine ermäßigten Fahrpreise für diesen Zweck gewährt, können wir heute unseren Lesern eine freudigere Mitteilung bringen.

Auf den Thorer Bahnhöfen werden jetzt für dreizehn Stationen, die besonders für Ausflüge in Betracht kommen, Sonn- und Feiertags-Rückfahrkarten zu bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben. Diese Fahrkarten können bereits am Sonnabend (bzw. am Vortage eines Feiertags) gelöst werden und sind bis Montag (bzw. den auf einen Feiertag folgenden Wochentag) gültig. Sie gelten nach Barbarken (Barbarka), Straszburg (Brodnica), Culm (Chelmno), Cichocinek, Schirpitz (Cierpiec) und Niedermühl, Inowroclaw, Schlüsselwühle (Kluczyki), Neumark (Nowemisto), Ostromecko, Schulz (Solec Kuj.), Stewfen (Stawki) und Czernewitz, Waldau (Suchatowko) und Klinger (Klen).

Nach Barbarken und Schirpitz (Niedermühl) z. B. kostet eine Rückfahrkarte je 1,40 Zloty. Dieser hier wegen der kurzen Entfernung immerhin noch geringe Unterschied gegen die normalen Fahrpreise vergrößert sich jedoch mit zunehmender Entfernung zugunsten des Ausflüglers.

Es steht wohl zu erwarten, daß nun manch einer von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wird. **

Der Wasserstand der Weichsel ist weiterhin im Zurückgehen begriffen und betrug Sonnabend früh am Thorer Pegel 1,04 Meter über Normal. — Aus Warschau trafen ein: Dampfer „Belmeder“ und „Francja“, welche letzterer nach Dirschau weiter fuhr. Nach Warschau fuhr ab: Dampfer „Hetman“ und Dampfer „Fortuna“. Die er genannten hatten sämtlich Passagiere und Waren an Bord, der zuletzt genannte nur Güter. Nach Danzig startete Dampfer „Bavaria“ mit einem Kahn. Ohne Schlepplilfe fuhr ein talwärts ab drei mit Steinen beladene Rähne. Auf der Fahrt von Warschau nach Danzig passierte Dampfer „Eleonore“ die Stadt, in umgekehrter Richtung Dampfer „Mars“. *

Das Thorer Appellationsgericht als Revisionsinstanz verhandelte kürzlich gegen den Sohn des Dorfschulzen in Mhynie, Teodor Kozlikowski, den das hiesige Bezirksgericht wegen versuchten Mordes an dem Förster Zoltowski zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt hatte. Die Vorgeschichte ist folgende: Zoltowski bemerkte in einem Getreidefeld am Walde einen Wilddieb, der dort den Rehen nachstellte. Da letzterer der Aufforderung des Försters, die Hände zu erheben, nicht nachkam, so sah sich der Förster zur

Advertisement for HERBA-SEIFE soap, featuring an image of the soap box and text: 'bleibend u. diskret der Duft, unvergleichlich die Wirkung der HERBA-SEIFE VON OBERMEYER & CO.'

Abgabe eines Schusses genötigt, der von dem Wilddieb mit zwei Schüssen erwidert wurde. Durch das Fernglas erkannte der Förster in dem Wilddieb den Angeklagten. — Bei der Berufungsverhandlung wurden einige neue Zeugen vernommen, nach deren Aussagen Kozlikowski an dem kritischen Tage zu Hause war. Nach durchgeführter Verhandlung hob das Gericht das Urteil der ersten Instanz auf und sprach Kozlikowski von der Anklage frei, da sich Zoltowski in der Person des Angeklagten geirrt haben könne. **

Ein schwerer Straßennunfall ereignete sich Sonnabend nachmittag kurz vor 3 Uhr in der Elisabethstraße (ul. Król Jadwigi), Ecke Strobantstraße (ul. Male Garbary). Beim Überschreiten des Fahrdammes wurden hier drei Personen, darunter ein kleiner Junge, von einem einbiegenden Personenkraftwagen zu Boden gerissen und überfahren. Blutüberströmt wurden sie von Passanten auf den Bürgersteig getragen und durch das sofort erschienene Sanitätsauto ins hiesige Krankenhaus überführt. **

Die Bettelerei in den Ladengeschäften hat an ihrem Haupttag, dem Sonnabend, in letzter Zeit einen geradezu unglaublichen Aufschwung genommen. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn man die Zahl der allein am Vormittag vorsprechenden Bettler in jedem Geschäft an den Hauptstraßen auf 150-200 schätzt. Man braucht sich vormittags nur einmal an einer Straßenecke aufzustellen und kann dann den stundenlang ununterbrochen wandernden Strom der Bettler, die einander beinahe die Türklinden in die Hand geben, genau verfolgen. Daß sich unter den Vorsprechenden auch viele Ortsfremde, besonders aus dem nahen Kongresspolen, befinden, bedeutet für die hiesigen Armen eine starke und unerwünschte „Konkurrenz“. **

Epurlos verschwunden ist seit dem 26. Mai die 20 Jahre alte Marja Leszczyńska, Tochter der in der Kosenowstraße (ul. Lindego) 15 wohnhaften Frau Antonina L. **

Der Polizeibericht verzeichnet vier kleinere Diebstähle, zwei Betrügereien, drei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, eine Zuwiderhandlung gegen handelsadministrative Bestimmungen und zwei gegen sanitärpolizeiliche Anordnungen. — An Festnahmen sind zu verzeichnen eine wegen Übertretung sittenpolizeilicher Bestimmungen, zwei wegen Kohlendiebstahls und eine wegen Trunkenheit. **

ef Briesen (Wabrzeźno), 5. Juni. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die Frage der Arbeitslosenhilfe besprochen. Vom Wojenoden ist der Stadt eine Beihilfe in der Höhe von 5000 Zloty versprochen worden. Der an der Sitzung teilnehmende Starost gab die Zusicherung ab, daß vom 3. d. M. der Kreisauschuß 240 Arbeitslose bei öffentlichen Arbeiten beschäftigen werde, und zwar in 3 Partien zu je 80 Mann. Jede Partie soll zwei Tage wöchentlich bei siebenstündiger Arbeitszeit arbeiten. — Von der hiesigen Polizei ergriffen wurde der 24jährige K. Makowski, der aus der Besserungsanstalt in Konitz entflohen war. M. wurde nach Konitz zurücktransportiert. — Die Diebe brachen auf den Boden des Landwirts Pion in Labzen ein und stahlen zwei Sack Weizenmehl sowie ein neues Federbett. — Dem Besitzer Faedische in Wittenburg wurde von unbekanntem Täter ein Fahrrad entwendet. — Dem Besitzer Mieczyslawski in Wieworki wurden zwei goldene Uhren gestohlen. **

Gdingen (Gdynia), 5. Juni. Schwer bestohlen wurde der Hausbesitzer Franz Wasowski. Unbekannte Diebe brachen mittels Nachschlüssel in die Wohnung ein und stahlen 2 Mäntel, 2 Anzüge, Wäsche, eine Damenuhr und 150 Zloty im Gesamtwerte von 1500 Zloty. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur. — Bei der Arbeit verunglückte im Hafen der Handwerker F. Piekarski. Er fiel vom Gerüst und brach sich beide Beine. In schwerem Zustande wurde er ins Krankenhaus eingeliefert. — Bei einem Autozusammenstoß in der Danzigerstraße wurden der Chauffeur F. Pawlak schwer und ein Passagier Mendowski durch Glassplitter leicht verletzt. Die Schuld am Unglück trifft den genannten Pawlak. **

Neustadt (Wejherowo), 4. Juni. Ein merkwürdiger Unfall ereignete sich dieser Tage gegen Mittag auf der Chaussee Reda-Neustadt, als eine Kompanie der hiesigen Garnison von der Übung heimmarschierte: ein Motorrad, geführt von einem Marineoffizier in Begleitung eines Marinejüngers, fuhr, von der Stadt in beschleunigtem Tempo kommend, in die Übungsmannschaft hinein und verungetete sechs Rekruten mehr oder weniger schwer, wogegen die Fahrenden nur unschwer verletzt wurden, aber trotzdem hier ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Eine nähere Untersuchung, die Schuldfrage betreffend, ist eingeleitet. — Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Kartoffeln 3,00, Butter 1,20-1,60, Eier 1-1,20. Ferkel brachten 40-50 Zloty das Paar, Läufer 30-36 Zloty das Stück. **

Schwes (Swiecie), 4. Juni. Die im Februar d. J. liquidierte Diebesgesellschaft Zygmunt Zalp und Gnosien, im ganzen zehn Personen, wurde von der Strafteilung des Graudenzger Bezirksgerichts abgeurteilt. Zalp erhielt 1 Jahr Gefängnis, Bronislaw Sprengel sieben Monate, Wiktor Tschmer und Franciszek Chaskowski je sechs Monate, Antoni Paczkowski 5 Monate und die übrigen je 3 Monate Gefängnis zubüßend. Masymlian Paczkowski wurde von Schuld und Strafe freigesprochen. **

Stargard (Starogard), 5. Juni. Vom Gericht verurteilt wurden die Einbrecher Franciszek und Jan Bielicki, und zwar F. B. zu vier und J. B. zu einem Jahre Zuchthaus. — Am Freitag brannte in Alt-Busch ein strohgedecktes Wohnhaus bis auf die Maernern nieder. Das Haus war versichert, die Wohnungseinrichtung konnte gerettet werden. — In Niewalbe bei Stargard erschoss am Sonnabend der dortige Schuster Bielicki in einem Wohnungsstreite den Gemeindevorsteher Kros aus Niewalbe. Der Täter wurde verhaftet.

Generalkirchenvisitation im Kirchenkreise Konitz.

I.

Abweichend von dem Brauch anderer Jahre findet dieses Jahr noch eine zweite Generalkirchenvisitation statt, und zwar im Kirchenkreise Konitz, zu dem auch Teile des früheren Kirchenkreises Flatow gehören. Die Visitationskommission unter der Leitung des Generalsuperintendenten D. Blau besteht aus Superintendentenverweser Riech in Konitz, Superintendentenverweser Schröder in Schwab, Pfarrer Brumma in Posen, Pfarrer Wilk-Barzyn, Pfarrer Zellmann-Schroda, Landwirt Doyke in Konitz, Lehrer Dombey aus Wandenburg, Gutsbesitzer Radke in Bagnitz, Gutsbesitzer Stockmann in Maiental.

Wir bringen über den Verlauf des Besuchs in den einzelnen Gemeinden fortlaufend Stimmungsberichte.

„Allein Gott in der Höh' sei Ehr!“ — ein Wort für unsere Zeit und Welt? Ein Wort für Menschen, die im Irrewahn unserer Zeit Gott aus dem Wege gehen wollen oder unter dem Druck notvoller Gegenwart müde geworden sind oder in Menschlichkeit und Eigenfremdschaft ihn nicht mehr anerkennen oder in stumpfer Gleichgültigkeit diesen Klang nicht mehr in ihrem Herzen aufgehen lassen! Wie ständen wir ganz anders und innerlich frei dieser Zeit und Welt gegenüber, wenn sich dies Wort „Allein Gott in der Höh' sei Ehr!“ uns so einprägte und uns so erfüllte, daß wir es hörten lauter als alle anderen Stimmen des Heute, daß es die große Stimme und der bleibende Ton unseres Herzens wäre! Es ist dem Generalsuperintendenten D. Blau sehr zu danken, daß er der Generalkirchenvisitation im Kirchenkreise Konitz-Flatow dieses Losungswort gegeben hat.

Konitz:

— soll man bei der Einfahrt in die Stadt mehr auf die Gegenwart achten — leuchtende Augen festlich geleiteter Kinder, frühlich nickende Alte mit dem Gesangbuch in der Hand schon auf dem Weg zur Kirche, Blumenkranz und Tannengrün — oder auf die Spur der Geschichte, in dieser Stadt so deutlich an die Ordenszeit während in prachtvollen Toren, gedungenen Mauern und ehrwürdigen Kirchen, in dem ganzen Stil der Stadt, in dieser und jener besonderen Erinnerung? Sie geht mit uns auch in die auf dem Marktplatz stehende Kirche, die 1630 eingeweiht, zweimal ein Raub der Flammen wurde, aber doch in sich soviel köstliches Erbtum alter Zeiten birgt, wie wir es nur selten in unserem Lande finden dürften. Für bester Schmuck ist heute die Gemeinde, die keinen der zum Teil schön geschnitten Kirchenplätze freiläßt, in der uns neben den Kindern mit den Blumenkranzen im Haar, auch wie schon vorher bei der Begrüßung in der Superintendentur, wo ihr Verwalter, Pfarrer Riech, im Namen der Gemeinde und des Kirchenkreises das erste Wort sprach, die Chorsänger und die Posaunen erfreuten. Sie trägt es frohgemut und fangesicher zum alten Holzgewölbe empor: „Allein Gott in der Höh' sei Ehr!“ Sie darf es neu sich bestätigen lassen in der Liturgie (Sup.-Verw. Riech) und vor allem in der Predigt, die Generalsuperintendent D. Blau unter das köstliche Schlüsselwort von Röm. 11 stellte: „Von ihm und durch ihn und zu ihm sind alle Dinge! Ihm sei Ehre in Ewigkeit“. Die Losung: „Ihm die Ehre!“ wurde in dieser Predigt zutiefst geründet auf das, was von Ihm her in unserem Leben geschehen ist, damit es nach Seinem Ratsschluß sich vollenden soll in einem Gang zu Ihm! Und nur wer von Christus weis, kann dies in sein Leben setzen: „Allein Gott in der Höh' sei Ehr!“

Tuchel:

Dunkles Gewölbe liegt über den Feldern der Koschmehere. Die Vorüberfahrenden grüßen trauende deutsche Bauernhäuser mit Holzarchitektur und Strohdach. In einer Senke liegt Tuchel — ein wunderschönes Bild ist die Stadt mit ihren Türmen, abgegrenzt durch den dunkelblau schenenden Kranz der Heidenwälder, und auf der Stadt liegt leuchtend der Morgensonne Gold! Das war ein schönes Willkommen in einer Gemeinde, die sehr stark unter Abwanderung und Wirtschaftsnöten gelitten hat. Mit viel Liebe hat sie die Kirche geschmückt. Es war wohl das, was ihr besonders not tat, wenn Sup.-Verw. Schroeder zu ihr sprach über das Schlüsselwort: „Fürchtet euch nicht, denn ich bin unter Gott“. Von den mancherlei Diensten der Kommissionsmitglieder sei die Hauselternbesprechung besonders erwähnt, der der Generalsuperintendent das schöne große Schlüsselwort zum Thema setzte: „Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen“. Bei dem Aufenthalt auf dem Friedhof wurden auch einige Soldatengräber besucht, sowie auch das Grab von Schulrat Daczko. Leider hat die Gemeinde sich damit abfinden müssen, daß sie keinen eigenen Pfarrer mehr haben kann. Sie wird nicht ohne Schwierigkeiten von dem Pfarrort Kenian (Pastor Dahl) aus bedient, öffnet aber sehr erkrankter Weise sonntäglich die Türen ihrer Kirche, auch zum Segottesdienst. Und es fehlt ihr nicht an Händen und Herzen, die sich willig machen ließen, der Gemeinde zu dienen. So bereicherte hier ebenso wie am Nachmittage in Jwitz ein von einer Schwester geleiteter Kirchenchor den Gottesdienst.

Jwitz:

Nach einer kurzen Mittagsmahlzeit ging die Fahrt in die grüne liebliche Heide hinein. Welch ein schönes Bild — lachende Wiesen, dunkle Gänge, hier und da ein frühlingesgrünes Flukial, dazwischen jeweils ein Feld, ein kleines Dorf. Schließlich öffnet sich der Wald in weit aussehender

Rundung zu einer weit zerstreut liegenden Siedlung. Wir sind in Jwitz. Während der Autobus auf schmalem Feldweg seine Straße suchen muß, geht die Fahrt so langsam, daß man der Landschaft mehr Beachtung schenkt. Es fällt ein Wort von Romantik; ein anderer spricht von der großen Einsamkeit dieses Heidedorfes; ein dritter denkt an den hier wirklich sehr fetten Boden, der nur schwer seine Frucht gibt. Aber es wächst noch andere Frucht unter den Bauern von Jwitz, und ihr ehemaliger Pfarrer Zellmann, jetzt in Schroda bei Posen, weiß zu berichten von dem Segen, den ihm der Dienst an dieser Gemeinde beschert hat. Er darf auch in der schlichten Kirche das Wort verkündigen, und die Klänge der festlichen Stunde mischen sich in persönliche, fast wehmütige Erinnerungen bei dem köstlichen Wort göttlicher Verheißung: „Euch, die ihr Meinen Namen fürchtet, soll aufgehen die Sonne der Gerechtigkeit und Heil unter ihren Flügeln“. Die Gemeinde ist in ihrer Einsamkeit — sie wird heute von Jeschewo (Pfarrer Wolter) betreut — besonders dankbar für den vielfachen Dienst der Kommission und ihres obersten Führers, der den Hauseltern an Hand von 1. Kor. 10, 31 ein lichtvolles, auch in Not und Sorge besonders schönes Bild entwirft von einem Leben zu Gottes Ehre in Alltag und Sonntag, in Hungern und Geben. Die Züge in den Gesichtern der Alten und Jungen sind herb; aber wo dies Letzte des Lebens genannt wird, da liegt ein Leuchten in den Augen, da weigert man auch das Zeugnis nicht von dem, was wirklich reich macht. So hat hier der Besuch der Gesamtkirche besondere Aufgaben zu erfüllen; und als der Autobus endlich nach vierzehnstündiger Abwesenheit sich der Stadt Konitz nähert, liegt schon der Abendfrieden auf Wald und Feld. Nur auf den Seen liegt noch Licht, der Himmel hat sein Bild in sie getaucht...

pz.

Juristische Rundschau.

Die Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift.

Eine Voraussetzung für die Wahl in den Kreisstag.

(Vom Warschauer Obersten Verwaltungs-Gericht.)

Eine richtunggebende Entscheidung betr. die Durchführung der Wahlen in den Kreisstag (Sejmik Powiatowy) im ehemals preußischen Teilgebiete traf in diesen Tagen das Oberste Verwaltungsgericht in Warschau — eine Entscheidung, die in einem wesentlichen Punkt die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen erläutert und ergänzt. Daher kommt dieser Entscheidung eine allgemeine, für das gesamte ehemals preußische Teilgebiet wichtige Bedeutung zu.

Den Rahmen dieser Entscheidung bildete die Wahl in den Kreisstag von Strasburg (Brodnica) in Pommern, im Dezember 1929. Bekanntlich kam es bei dieser Wahl zu der auffeherregenden Verfügung der Bezirkswahlkommission für den III. Wahlbezirk in Goplershausen (Zablonowo), daß von den auf der deutschen Liste Nr. 3 enthaltenen 8 Kandidaten 7 gestrichen werden sollten, weil sie eine Prüfung über die Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift mit ungenügendem Erfolg bestanden oder besser — nicht bestanden hatten. Da auch die vom Vertrauensmann der deutschen Liste auf Anordnung der Wahlkommission ergänzte Liste das gleiche Schicksal erlitt, wurde gegen die Gültigkeit der Wahl Einspruch erhoben, welchen jedoch der Kreis-Anschuß (Wydział Powiatowy) in Strasburg (Brodnica) mit der Begründung zurückwies, daß die Kandidaten der ergänzten Liste der Aufforderung der Wahlkommission, vor derselben zu erscheinen, zwecks Feststellung, ob sie der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind, nicht Folge geleistet hätten.

Diese Zurückweisung wurde dann auf Grund einer Klage des Vertrauensmannes der besagten Liste, Herrn Karl Rohde in Goplershausen (Zablonowo) vom Wojewodschaftsverwaltungsgericht (Wojewódzki Sąd Administracyjny) in Thorn als unrechtmäßig aufgehoben. Die Konsequenz davon war die Ungültigkeitserklärung der durchgeführten Wahl in den Kreisstag (Sejmik Powiatowy) von Strasburg (Brodnica).

Gegen diese Entscheidung des Wojewodschaftsverwaltungsgerichtes legte nun der Kreis-Anschuß (Wydział Powiatowy) Berufung an das Oberste Verwaltungsgericht in Warschau ein, in welcher die Behauptung des Wojewodschaftsverwaltungsgerichtes widerlegt werden sollte, daß durch die Verfügung einer schriftlichen Prüfung, die den Nachweis der Kenntnis der polnischen Sprache in der Schrift durch die Kandidaten der Liste zu erbringen sollte, die der Wahlkommission nach Art. 24 der Wahlordnung für die Wahlen in die Kreisstage vom 12. August 1921 zustehenden Rechte überschritten worden seien. Die Berufung steht auf dem Standpunkt, daß, da Art. 24 der Wahlordnung keinerlei Handhaben dafür bietet, auf welche Art und Weise der Nachweis der Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift durch die Kandidaten erbracht werden soll, der Weg, den die Wahlkommission gewählt hat, nämlich, daß den Kandidaten kurze und volkstümlich gehaltene Sätze zum Überlesen aus der deutschen in die polnische Sprache vorgelegt wurden, dem genannten Artikel nicht widerspricht und da die Prüfung ein negatives Ergebnis hatte, die Streichung von der Kandidatenliste gerechtfertigt gewesen sei.

Das Oberste Verwaltungsgericht pflichtete dieser Anschauung bei, indem es darauf hinwies, daß Art. 24 der Wahlordnung den Bezirkswahlkommissionen (Okregowe Komisje Wyborcze) das Recht einräumt, die Kandidaten vor sich zu zitieren, um sich zu überzeugen, ob sie die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Die Feststellung dieses Umstandes schließt, wie sich aus Art. 24 ergibt, die Anwendung einer Fragestellung in der Art, daß den Kandidaten kleine und einfache Sätze, wie etwa: „Das Bild hängt an der Wand“, — „Die Biene ist das Muster der Arbeitsamkeit“ zum Überlesen aus dem Deutschen ins Polnische vorgelegt werden, nicht aus. Darin sei also keineswegs — nach Ansicht des Obersten Verwaltungsgerichtes — eine Überschreitung des der Wahlkommission zustehenden Rechtes zu erblicken.

Aber in anderer Richtung sei das Vorgehen der Wahlkommission vorschriftswidrig und daher sei die Ungültigkeitserklärung der Wahl durch das Wojewodschaftsgericht gerechtfertigt, nämlich in der Richtung, daß die Wahlkommission nicht das Recht hatte, nach Streichung der 7 von den 8 Kandidaten die Liste für ungültig zu erklären und auf diese Art

das Ergebnis der Wahl zu beeinflussen. Aus Art. 24, im Zusammenhang mit Art. 23 der Wahlordnung ergibt sich, daß, wenn auch nur ein Kandidat auf der Liste stehen geblieben ist, nach Streichung der übrigen die Liste ihre volle Gültigkeit fortbehält und an der Abstimmung Teil hat. Andererseits ergibt sich daraus, daß der Vertrauensmann der Liste nicht ermächtigt ist, die Liste zu ergänzen.

Zwar ist nach Art. 18 der Wahlordnung geboten, daß die Listen zweimal soviel Kandidaten zu enthalten haben, als gewählt werden sollen, was ermöglichen soll, daß die Liste bei eventueller Streichung von Kandidaten ergänzt werden kann, daraus aber den Schluß zu ziehen, wie die Klage es tut, daß, wenn die Liste dieser Vorschrift des Art. 18 nicht entspricht, so könne sie eben nicht ergänzt werden und müsse daher als nicht vollständig ungültig gemacht werden, — sei verfehlt. Art. 18 sei nur eine Ordnungsvorschrift, und da ihr keinerlei Sanktion innewohnt, sei ihre Nichtbefolgung ohne jede Folgen. Nur müsse man sich vor Augen halten, daß, wenn bei der Abstimmung auf eine solche nicht vollständige oder unvollständig gemachte Liste mehr Gewählte entfallen, als Kandidaten auf ihr enthalten waren, so seien eben nur soviel Mandate der Liste zuzuteilen, als sie Kandidaten enthalten hat. Die übrigen Mandate bleiben dann unbesetzt. Die Folgen davon müssen sich eben diejenigen zuschreiben, welche die Unvollständigkeit der Liste verursacht haben. — Aus diesen Erwägungen heraus erkannte das Oberste Verwaltungsgericht, daß die Wahl in den Kreisstag (Sejmik Powiatowy) in Strasburg (Brodnica) vom Jahre 1929 ungültig sei, da ihr Ergebnis auf einem fehlerhaften Vorgehen beruht.

Aus Anlaß dieser Angelegenheit stellte das Oberste Verwaltungsgericht drei allgemeine Rechtsgrundsätze mit verbindlicher Kraft für alle derartige Fälle auf, die wir der Genauigkeit halber für Zitierungszwecke in der Originalfassung in polnischer Sprache wiedergeben:

1. „Celem stwierdzenia, czy kandydat na członka Sejmiku powiatowego w b. dzielnicy pruskiej włada językiem polskim także w piśmie (art. 24 ustęp ostatni regulaminu wyborczego z 12 sierpnia 1921 r. Dz. Urz. Ministerstwa b. dzielnicy pruskiej poz. 178) może okręgowa komisja wyborcza zadawać kandydatom proste zadania pisemne.“

2. „Maz zaufania listy kandydatów (art. 23 regulaminu wyborczego) nie jest uprawniony do uzupełnienia listy kandydatów, którą reprezentuje, nazwiskami nowych kandydatów, w miejsce kandydatów, skreślonych z tej listy według art. 24 ustęp 1 tego regulaminu.“

3. „Przepis art. 18 ustęp 2 regulaminu wyborczego, że lista kandydatów zawierać ma podwójną liczbę kandydatów w stosunku do wybrać się mających w danym okręgu członków Sejmiku powiatowego, jest przepisem natury porządkowej“ (Entscheid des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 1. Juni 1932 Reg.-Nr. 5024/31.)

Deutsches Präsidium in Memel.

Die erste Sitzung des Memelländischen Landtages.

Memel, 4. Juni. (Eigene Meldung.) Der vierte Memelländische Landtag wurde heute um 10 Uhr vormittags durch den litauischen Gouverneur Gylis eröffnet. Es waren sämtliche 29 Abgeordnete anwesend, darunter auch Schulrat Meyer. Die Wahl zum Präsidium ergab folgendes Resultat:

Präsident — Rittergutsbesitzer von Dreßler (Landwirtschaftspartei),

19 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen;

1. Vizepräsident — Schulrat Meyer (Volkspartei),

21 Stimmen, acht Enthaltungen;

2. Vizepräsident — Besitzer Waschhies (Landwirtschaftspartei).

Das Präsidium wurde mit 19 Stimmen gewählt, bei 9 Stimmenthaltungen. Nur eine Stimme war dagegen! Die Sitzung wurde um 10.30 Uhr geschlossen. In die Beratung wird erst eingetreten werden, wenn das neue Direktorium sich vorstellt.

Abrüstungs-Proteste.

Der Franzose sagt: Auch Tanks und Panzerautos seien keine Angriffswaffen!

Im Heeresanschuß der Abrüstungskonferenz hat es ebenfalls in der letzten Woche bei der Frage der Tanks und Panzerautos heftige Zusammenstöße zwischen den Delegierten gegeben, wofür, wie nicht anders zu erwarten, die französische Sabotagepolitik der Anlaß war.

Der amerikanische Gesandte Wilson erklärte in überaus temperamentvoller Weise, es sei absolut lächerlich, daß es 41 militärischen Sachverständigen „nicht gelungen“ sei, eine Begriffsbestimmung der Tanks und Panzerautos vorzunehmen, die heute jedes zehnjährige Kind ohne weiteres treffen könnte. Die „Sachverständigen“ hätten sich erlaubt, die Angriffsbestimmung von Tanks und Panzerautos zu verneinen und hätten daher den Gedanken der qualitativen Abrüstung schwer kompromittiert. Die amerikanische Abordnung werde daher unter grundsätzlichem Vorbehalt gegen den Sachverständigenbericht einen eigenen Antrag über den Angriffscharakter der Tanks und Panzerautos vorlegen.

Einen ähnlich scharfen Vorstoß machte darauf der Vertreter Sowjetrusslands, Lunarschik. Der Vertreter Frankreichs hatte darauf die Kühnheit, zu behaupten, daß Tanks überhaupt keinen Angriffscharakter hätten und für die qualitative Abrüstung nicht in Frage kämen.

Der deutsche Vertreter, Gesandter v. Weizsäcker, schloß sich der Kritik des Amerikaners und Russen an. Er vermied insbesondere auf die Bestimmungen des Versailles über Tanks und Panzerautos. Der Italiener schloß sich dem deutschen Vorschlag an Abschaffung der Tanks an.

Zum Schluß kam es noch zu einem Zwischenfall, als der Vertreter Frankreichs erklärte, die Tanks seien im Weltkrieg „nur zum Kampf gegen eindringende Armeen“ geschaffen worden, was ihm eine deutsche Abfuhr eintrug.

Kleine Rundschau.

Ein Weinhorn überfliegt die Nordkilien.

Newyork, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Guayaquil in Ecuador gemeldet wird, hat die deutsche Fliegerin Elli Wein in Horn auf ihrem Südamerikaflug die Nordkilien überflogen und damit eine neue fliegerische Großtat vollbracht.

Grandi mahnt zur Vernunft

Der italienische Außenminister vertritt die deutschen Thesen.

Wie wir bereits in unserer letzten Ausgabe kurz mitgeteilt haben, behandelte der italienische Außenminister Grandi am Freitag nachmittag im italienischen Senat eingehend die drei politischen Hauptprobleme der Gegenwart: die Abrüstungsfrage, die Reparations- und Schuldenfrage und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Südost-Europas. Zur

Abrüstungsfrage

erklärte Grandi: Der französische Plan internationaler Streitkräfte des Völkerbundes entspringe einer Auffassung über die Organisierung der internationalen Gemeinschaft, die niemals die italienische gewesen sei und auch nicht sein könne. Der französische Vorschlag sei in Wirklichkeit nichts anderes als ein Plan zu militärischen Sanktionen, nicht ein Abrüstungsvorschlag, sondern eine Methode zur Bekämpfung des Krieges durch den Krieg, was weder dem Sicherheits- noch dem Friedensgedanken entspreche.

Grandi erinnerte daran, daß die italienischen Vorschläge über die qualitative Abrüstung den Friedensverträgen entspringen sind, nach denen Deutschland und seine früheren Verbündeten abrüsten mußten. Es sei nicht ohne Bedeutung, daß dreizehn Jahre nach dem Kriege gerade Italien an die von Clemenceau in seinem Schreiben vom 16. Juni 1919 aufgestellten Verpflichtungen heute erinnern müsse. In diesem Schreiben, das Grandi zum Teil vorlas, verpflichteten sich die Alliierten zur sofortigen Eröffnung von Abrüstungsverhandlungen. Auch erklärt Clemenceau darin, daß die Abrüstung Deutschlands der erste Schritt für die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen sei. Die Abschaffung der wichtigsten Angriffswaffen würde nicht nur das Sicherheitsproblem, sondern auch die Frage der Gleichberechtigung lösen und zum das heutige Mißverhältnis im Rüstungsstande der Länder ausgleichen.

Grandi schilderte sodann die technische Seite der Ausfertigungen, wobei er auch an die auf den internationalen Konferenzen umgehende so beredete Wendung erinnerte: eine Frage durch die Sachverständigen totschlagen lassen. Die Bestimmung der Angriffswaffe hätte keine Schwierigkeiten geboten, als man sie 1919 gegenüber den besiegten Staaten vornahm. Fast alle Reden der Abrüstungskonferenz hörten mit der Mahnung auf, es sei der Zeitpunkt da, wo man von den Worten zu den Taten übergehen müsse. In Wirklichkeit gelange man nur von einem Vorkrawl in den anderen und komme um nichts darüber hinaus. Beim Anblick der ungeheuren Papiermassen auf dieser Konferenz sei ihm oft das Wort des unsterblichen Leonardo eingefallen: „Nieber eine kleine Gewissheit als ein großer Schwandel.“

„Es ist unmöglich“, so erklärte Grandi mit erhobener Stimme, „daß die Staatsmänner nicht einsehen, daß ein Bankrott der Abrüstungskonferenz einen Bankrott des Völkerbundes

bedeutet und den mühsamen Prozeß des Wiederaufbaus der Welt nicht zum Stillstand, sondern zum Rückschritt brächte. Die Abrüstungskonferenz muß erst beginnen. Hoffen wir, daß die Arbeiten bald wieder aufgenommen werden und diesmal mit dem entschiedenen Willen, ein Ergebnis zu erzielen.“

Grandi kam dann auf

die Weltkrise

zu sprechen, zu deren Lösung man mit einem Erfolg der Abrüstungskonferenz einen entscheidenden Schritt getan hätte, da dann die ungeheuren Rüstungsausgaben vermindert worden wären.

In der Frage der Kriegsschulden und Reparationen trat Grandi für ihre totale Tilgung als die einzig mögliche Lösung ein, da alle

anderen nur Ausfluchtmittel wären, die die Lage der Welt nicht erleichterten, sondern erschwerten.

Schon seit Jahren habe Mussolini die Völker eingeladen, dieses Messias-Gemü zu zerreißen, das jede spontane Bewegung lähme, die wirtschaftlichen Muskeln abschnürte und die Nationen blutleer machte. Die Frage der Donau- und Balkanländer sei ein Teil der Weltkrise, und sie könne von Grund aus nur mit dieser und nicht mit Vorschlägen, wie sie von französischer Seite gemacht worden seien, gelöst werden. Vorläufig könnten nur die einzelnen Fälle betrachtet und in den dringendsten Fällen schnell Abhilfe geschafft werden.

Zum Schluß erklärte Grandi:

„Können wir ignorieren, daß Hunderte von Millionen in der ganzen Welt fühlen, daß ihr Friede, ihre Arbeit, ihr Brot von der Lösung einiger Grundfragen des Zusammenlebens der Nationen abhängen? Nur in blinder Illusion könnten Staatsmänner, die dieses Namens würdig sind, denken, daß Formeln den unruhigen Geist der Völker befriedigen, die tiefe Instinkte und alte Erfahrungen besitzen und vor kurzem eine der furchtbarsten Prüfungen, die die Geschichte kennt, überstanden haben. Die Probleme der Abrüstung, der Kriegsschulden, der Reparationen und Finanzkrise bilden in Wirklichkeit ein Problem, auf deren Grund keine Sachverständigenurachten, keine Vergleichsprojekte liegen, sondern fünf Jahre Krieg, zehn Millionen Gefallene und der tägliche Heroismus und das tägliche Opfer von ganzen Nationen. Der Friede kann nur durch das Gleichgewicht und nicht durch ein System von Legalität erhalten werden. Das Wesen des Friedens ist die beständige Angleichung des internationalen Lebens an die lebendigen, beweglichen und aktiven Kräfte. Sie unterdrücken und zurücktreiben wollen, heißt nicht den Frieden garantieren. Der Zusammenbruch des Metternichschen Systems, das sich nach den Napoleonischen Kriegen auf äußere Verteidigungen verließ, hat dies gezeigt.“

Das Leben der Welt krank an der Technik. Es gibt zweifellos technische Probleme, aber vor diesen gibt es ein menschliches Problem. Die menschliche Realität verweigert sich an der Spitze der Geschichte setzen. Italien ist in der Vorhut des Kreuzzuges für den Frieden und den Wohlstand und an der Spitze derer, die ehrlich daran arbeiten, daß das neue Licht in die Welt trete. Frankreich verlangt Sicherheit. Wir haben sie ihm im Locarno-Vertrag gegeben. Deutschland fordert Freiheit. Vom Ende des Krieges an hat Italien keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um Deutschland gleichberechtigt in die Gesellschaft der freien Nationen zurückzuführen. Italien fordert das Recht auf Leben. Es kann mit seinen bald 50 Millionen Menschen ohne Rohstoffe und Kolonien nicht auf einem Gebiet leben, das halb so groß wie Frankreich ist. Die Völker können nicht lange warten. Die gewöhnlichen Maßregeln genügen nicht mehr. Europa und die Welt vermögen aus dieser Krise, die eine Krise des Vertrauens ist und eine Krise der Zivilisation zu werden droht, nur unter der Bedingung glücklich hervorzugehen, daß die Staatsmänner, die die Verantwortung tragen, ohne Zeit zu verlieren, eine Einheitsfront von Wille, Eintracht und gesundem Mut herstellen.“

Anschlag auf Mussolini bereitet!

Rom, 5. Juni. (Eigene Meldung.) In der Nähe des Wohnhauses von Mussolini wurde heute ein Italiener, der aus politischen Gründen vor sieben Jahren genötigt war, in die Schweiz abzuwandern, mit zwei Bomben und einem Revolver verhaftet. Er gab an, am heutigen italienischen Nationalfeiertage hätte er den Duce bei einer Ausfahrt abfangen und ermorden wollen.

In der Nähe von Neapel explodierte ein kleines Munitionslager, als anlässlich des Nationaltages Feuerwerkskörper abgebrannt wurden.

zeichnete, das man an „Landesverrättern“ statieren müsse. An dieser Stelle treten wir zu ihm, hier müssen wir, die wir ihn besser kennen, als die seinen Kopf verlangen, für ihn zeugen. Selbst der Richter, der die Beschlagnahme verfügte, hat in ihm keinen Landesverräter erblickt. Was also hat sich Neues ergeben, das diese Auffassung umgestoßen hat?

Wir haben es nicht nötig, das traurige Ereignis zum Anlaß zu nehmen, erneut eine Loyalität zu versichern, die die selbstverständliche Grundlage unserer Arbeit bildet. Was darüber hinaus zum Prinzipiellen des Falles und zur Tendenz der unglückseligen Meldung zu sagen ist, haben wir mit aller Deutlichkeit ausgesprochen.

Gegen die Verhaftung von Schray wird sofort Haftbeschwerde eingereicht werden.

Vor dem Abschluß des Ellarek-Prozesses. Zuchthausstrafen beantragt.

Der schier endlose Ellarek-Prozeß steht vor dem Abschluß. Gestern hielt der Oberstaatsanwalt sein Plaidoyer und beantragte gegen die Brüder Willy und Leo Ellarek wegen fortgesetzten Betruges zum Schaden der Berliner Stadtbank, zum Teil in Tateinheit mit schwerer öffentlicher Urkundenfälschung, wegen Betruges zum Schaden der Dresdener Bank und Nibank, wegen Konkursverbrechens in Tateinheit mit Konkursvergehen und wegen fortgesetzter aktiver Bestechung je sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Gegen den Stadtbankdirektor Schmitt beantragte der Oberstaatsanwalt wegen schwerer passiver Bestechung zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen den Stadtbankdirektor Hoffmann zwei Jahre Gefängnis, gegen Bürgermeister Schneider ein Jahr neun Monate Gefängnis, gegen Stadtrat Gabel ein Jahr acht Monate Gefängnis, gegen Bürgermeister Kohl ein Jahr sechs Monate Gefängnis, gegen Stadtmagistrat Sakoloffski zehn Monate und gegen Stadtrat Degner neue Monate Gefängnis.

Gegen den Buchhalter Lehmann wurden vom Oberstaatsanwalt wegen Beihilfe zum Betruge und zur Urkundenfälschung zwei Jahre Gefängnis beantragt und gegen

den Buchhalter Tsch wegen Beihilfe zum Betruge ein Jahr Gefängnis. Gegen den Diplombankmann Rudin beantragte der Oberstaatsanwalt wegen schwerer passiver Bestechung ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Zum Schluß wurde vom Oberstaatsanwalt Freiherrin von Stettin beantragt, gegen die Gebrüder Ellarek mit sofortiger Vollstreckung erneut Haftbefehl zu erlassen. Diesem Antrage wurde nicht stattgegeben.

Professor Wuladinowicz gemahregelt.

Die „Pössische Zeitung“ schreibt:

„Wie wir hören, ist Professor Spiridon Wuladinowicz, der Ordinarius für deutsche Sprache und Literaturgeschichte an der Universität Krakau, von seinem Amt suspendiert worden, das er gänzlich zu verlieren fürchten muß. Der Anlaß ist höchst selten. Bei den Feiern zu Goethes Todestag in Weimar trat in dem imposanten Reigen der Auslandsgelehrten Wuladinowicz mit einem ausgezeichneten Vortrag über „Goethe und die slawische Welt“ auf. Es wird ihm nun zum Vorwurf gemacht, er habe bei dieser Darstellung das polnische Element nicht mit der gebührenden Rücksicht behandelt, vielmehr die russischen und tschechischen Bemühungen um Goethe eingehender oder liebevoller geschildert. Tatsache ist, daß, wie in der wissenschaftlichen Welt allgemein bekannt war, schon seit längerer Zeit mancherlei Quertreibereien gegen Wuladinowicz im Gange waren, dem der polnische Nationalismus offenbar seine aufrichtige Verehrung für die deutsche Literatur überliefert. Man wird jetzt die Weimarer Denunziationen, die in Krakau einliefen, zum Anlaß genommen haben, um den verdienstvollen und erfolgreichen, darum gewiß auch beneideten Hochschullehrer ein Bein zu stellen.“

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 8. Juni.

Königsbrunnhausen.

06.30 ca. bis 08.00: Konzert. 09.00: Berliner Schulfunk. 09.30: Praktische Winke für Kleingärtner (IV). Geflügel- und Kanarienvogel. 12.00: Wetter. Anschl.: Das Neueste auf Schallplatten. 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Unterhaltende Stunde. Walter Stöcking. L. 3. 129 — das Lustspiel mit Helium und Wasserstoff. 15.45: Frauenstunde. Wera Freitag: Pflege des Küchengeschirrs. 16.00: Pädagogischer Funf. Min.-Nat Dr. Wilhelm Gaebe: Aus dem Preussischen Kultusministerium. Die Einführung der Schulordnung für die höheren und mittleren Schulen Preussens. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Dr.-Stud.-Dir. Dr. Das unbekannte Frankreich (I). 18.00: Dr. Hans Hermann Rosenwald: Dieb und Ruff der deutschen Studenten (II). 18.30: Dr. Mario Kramer: Das Mittelalter und die Einheit der abendländischen Kultur (II). 18.55: Wetter. 19.00: Volkswirtschaftsfunf. Dr. G. C. Heinecke: Die internationale Bedeutung der Reparationsfrage. 19.40: Viertelstunde Funktechnik. 20.00: Von Berlin: Funkkonzert. 20.45: Tages- und Sportnachrichten (I). 21.00: Von Mählar: Schwäbischer Sappentopf. 22.30: Pössische Zeitungsschau. 22.35: Wetter, Nachrichten, Sport (II). Anschl. bis 00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.30: Morgenkonzert. 10.15: Schulfunk für Berufsschulen. 11.30: Von Leipzig: Konzert. 12.05: Konzert der Funkkapelle. 14.05: Konzert der Funkkapelle. 16.00: Elternstunde. 16.30: Unterhaltungsmusik. 17.45: Wieder. Ruth Bail, Sopran; Flügel: Franz Kauf. 18.30: Das Holz in der chemischen Industrie. 19.00: Vom Deutschlandender: Die internationale Bedeutung der Reparationsfrage. 19.25: Wetter. Anschl.: Abendmusik. 20.30: „Jugendburg“. Komödie von Curt Goep. 22.30: Unterhaltungsmusik.

Königsberg-Danzig.

06.30: Schallplatten. 10.10: Schulfunkstunde. 11.05: Landwirtschaftsfunf. Neuere Erfahrungen zur Einfäuerung des ersten Grünfutterschnittes. 11.30: Von Leipzig: Konzert. 12.05: Unterhaltungskonzert. 15.15: Praktische Winke und Erfahrungsaustausch von einer Hausfrau. 15.25: Elternstunde. 15.50: Jugendstunde. „Der Mähjunge“, Hörspiel von Lola Landau. 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.55: Praktische Wasser- und Rettungsübungen mit dem Boot. 18.30: Volksgesundheitspflege. Etwas über verschiedene Heilmethoden. 18.55: Schummerstunde. 19.25: Peter der Große und die europäische Politik. 19.55: Wetter. 20.00: Von Wien: Erika Morini spielt. 21.15: „OL-DI“, Szenen aus dem Studentenleben nach einem Drama von Andrejew.

Warschau.

12.45—14.00 und 15.10: Schallplatten. 16.05: Schallplatten. 17.00: Leichte Musik (Kunstorchester). 18.20: Tanzmusik. 20.00: Alte Warschauer Lieder, gesungen von Robert Boehlke. 20.50: Solistenkonzert. Horn, Klavier und Kammermusik, Violine. Am Klavier: Urstein. 22.00: Tanzmusik. 22.50—23.30: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Baldemar.“ Wenn die Mutter des Kindes, also Ihre Tochter, zur Zeit der Geburt des Kindes auf jetzt polnischem Gebiet ihren Wohnsitz hatte, und zwar seit der Zeit vor dem 1. 1. 1908, so ist Ihr Entkind auf Grund des Art. 7, § 1, und Art. 8, § 2, der Wiener Konvention vom 30. August 1924 polnischer Staatsangehöriger, ganz gleich, ob die Mutter des Kindes in diesem Gebiet am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz hatte oder nicht. Ob die Mutter des Kindes später, vielleicht durch Heirat, eine andere Staatsangehörigkeit erworben hat, ist für die Beurteilung der Staatsangehörigkeit des Kindes ganz gleichgültig.

„Gewitterwolken im Jahre 1932.“ 1. Die Genehmigung des Urzab Biemski ist in Ihrem Falle eine reine Formalität. Sie brauchen in dieser Beziehung nichts zu tun, das wird von seiten des Gerichts erledigt. 2. Die 5000 Mark hatten einen Wert von 2083,80 Zloty. Bei voller (also 100prozentiger) Aufwertung und bei Anrechnung auch der verzinsten Zinsen hat Ihre Richte im ganzen 3580,50 Zloty zu fordern. 3. Der Stichtag für die Aufwertung ist der Tag des Vertragsabschlusses.

„Schnee 100.“ 1. Wenn der Vertrag, den Sie mit dem Vehrting oder dessen Vater abgeschlossen haben, abgelaufen ist, sind Sie Ihrer Rechte und Ihrer Pflichten ledig. 2. Der Vater ist zum Schadenersatz nicht verpflichtet. Wenn z. B. der Vehrting durch Unachtsamkeit einen dritten schädigt, sind Sie als sein Auftraggeber zum Schadenersatz verpflichtet. 3. Die dritte Frage beantwortet sich durch das unter 1. Gesagte von selbst.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Verhaftung eines Schriftleiters der „Kattowitzer Zeitung“.

Der verantwortliche Redakteur der „Kattowitzer Zeitung“ wurde auf Veranlassung der polnischen Staatsanwaltschaft verhaftet. Gegen die Zeitung ist ein Verbot wegen Landesverrats eingeleitet worden, das folgende Grundlage hat:

Am Mittwoch erschien in der „Kattowitzer Zeitung“ eine Notiz über die polnische Boykottbewegung gegen Danzig. Sie schloß mit einer Bemerkung, die einer reichsdeutschen Korrespondenz entnommen worden war, und die dem Verlag und Chefredakteur des Blattes Veranlassung gab, den für die Herannahung dieser Notiz verantwortlichen Redakteur sofort fristlos zu entlassen und dem Wojewoden, bevor Maßnahmen gegen die Zeitung getroffen wurden, zu erklären, daß ihre Ansicht sich in keiner Weise mit dem Inhalt des aus der Korrespondenz zum Abdruck gebrachten Artikels decke. Die Nummer der Zeitung wurde sofort beschlagnahmt.

Die „Kattowitzer Zeitung“ schreibt zu diesem bedauerlichen Vorfall:

Am Freitag nachmittag gegen 4 Uhr wurde der Redakteur Hubert Schray in dem Augenblick als er seine Privatwohnung verließ, von zwei Kriminalbeamten verhaftet. Trotz der zum Teil maßlosen Hebe der polnischen Presse, hatte er mit einer Verhaftung nicht gerechnet. Er konnte es sich nicht vorstellen, daß ein dienstliches Verfaulnis, das ihn bereits seine Stellung gekostet hatte, ihn noch zu einem Verbrecher stempeln würde, den man hinter Schloß und Riegel setzen müsse.

Damit rückt der ärgerliche Fall in den Bezirk der Tragödie. Hier ist man im Begriff, einen Märtyrer zu schaffen, der bei allem Mißgeschick, zu dem er selbst beigetragen, dennoch das Argument guten Glaubens und untadeliger Gesinnung für sich in Anspruch nehmen kann und der insbesondere auch keinen Augenblick in Erwägung gezogen hatte, sich der Verantwortung zu entziehen. Was uns dienlich von ihm trennt, tritt zurück hinter dem Gedanken, daß sich hier etwas vorbereitet, was eine polnische Presse als das exemplarische Beispiel be-

Wirtschaftliche Rundschau.

Devisen-Abnahme bei der Bank Polski.

Anzeige per Ultimo Mai 1932.

Aktiva:	31. 5. 32	20. 5. 32
Gold in Barren und Münzen	408 797 218,84	408 752 564,58
Gold in Barren und Münzen im Auslande	146 104 861,86	146 104 861,86
Valuten, Devisen usw.		
a) bedienungsfähige	38 447 943,67	55 260 918,18
b) andere	117 201 334,06	118 778 238,36
Silber- und Scheidemünzen	50 693 210,24	50 969 785,70
Wechsel	637 530 291,21	614 970 956,86
Bombardforderungen	117 384 975,66	114 898 972,77
Effekten für eigene Rechnung	13 478 704,12	13 890 355,00
Effektenreserve	92 544 088,25	92 544 088,25
Schulden des Staatskassas	50 000 000,—	50 000 000,—
Immobilien	20 000 000,—	20 000 000,—
Andere Aktiva	138 969 037,74	133 275 619,54
Passiva:	1 931 151 665,65	1 818 946 361,05
Aktienkapital	150 000 000,—	150 000 000,—
Reservefonds	114 000 000,—	114 000 000,—
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Girorechnung der Staatskasse	2 101 195,86	5 319 959,29
b) Restliche Girorechnung	139 689 277,42	163 399 160,30
c) Konto für Silbereinkauf	—	—
d) Staatlicher Kreditfonds	—	—
e) Verschiedene Verpflichtungen	19 275 704,84	30 104 229,30
Rotenlauf	1 102 908 240,—	1 050 113 650,—
Sonderkonto des Staatskassas	—	—
Andere Passiva	303 177 247,53	305 809 362,16
	1 831 151 665,65	1 818 946 361,05

Die für den Maiultimo dieses Jahres vorliegende Monatsbilanz der Bank Polski weist in erster Linie eine starke Abnahme der bedienungsfähigen Devisen auf. Der Bestand an bedienungsfähigen Devisen ist um 16,8 auf 38,4 Millionen Zloty zurückgegangen. Die bedienungsfähigen Devisenbestände sind somit auf eine Summe gesunken, die sowohl als Währungsdeckung, wie in den Außenhandelsbeziehungen Polens kaum noch eine ausschlaggebende Rolle spielen kann. Zugleich ist der Bestand an nicht bedienungsfähigen Devisen um 1,5 auf 117,2 Millionen Zloty zurückgegangen. Die Goldbestände weisen eine kleine Zunahme von 45 000 auf 554,9 Millionen Zloty auf. Auf der Seite der Aktiva muß die Zunahme des Wechselportefeuilles um 22,5 auf 637,5 Millionen Zloty Beachtung finden. Der Bestand der Lombardkredite weist gleichfalls eine Zunahme von 2,4 Millionen auf 117,3 Millionen Zloty auf. Alle anderen Aktiva belaufen sich im Augenblick auf 138,9 Millionen Zloty, was eine Zunahme von 5,7 Millionen im Vergleich zur vorletzten Dekade bedeutet. Die sofort fälligen Verpflichtungen auf der Seite der Passiven sind um 37,7 auf 161 Millionen Zloty zurückgegangen und sind ein Beweis für die Kreditanpannung der Wirtschaft. In den Verkehr sind 52,5 Millionen Zloty Banknoten abgelaufen, so daß der Banknotenlauf 1102,9 Millionen Zloty beträgt.

Der Rotenlauf und die sofort fälligen Verpflichtungen sind mit Gold zu 53,9 Prozent gedeckt (13,9 Prozent über dem gewöhnlichen Minimum). Die Gold-Devisendeckung dieser Positionen beträgt 46,94 Prozent, d. h. 6,94 Prozent über dem Minimum. Der Rotenlauf ist mit Gold allein zu 50,31 Prozent gedeckt.

Die Leitung der Bank Polski hat in diesen Tagen der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben, daß sie den Verkauf von Dollarnoten bis auf Widerruf einstellt. Diese Mitteilung hat in breiten Kreisen große Verwunderung hervorgerufen. In einem großen Teil der polnischen Presse sind im Zusammenhang mit dieser Anordnung mancherlei Mutmaßungen laut geworden. Wie fest die halbamtliche „Nra“ von der Bankleitung erfahren haben will, soll es in der Bank Polski keineswegs darum gehen, Dollar-Transaktionen überhaupt einzustellen. Das polnische Noteninstitut werde weiterhin alle Transaktionen mit ausländischen Werten in dem Maße wie durchzuführen. Wir werden auf diese Frage noch besonders zurückkommen.

Schwunghafter Handel mit Goldmünzen in Polen. Nach einer großen Anzahl von Sammlern in Polen legt ihre Kapitalien ausschließlich in Goldmünzen an. Der Goldrubel ist inzwischen im Verhältnis zu seinem Goldwert zu teuer geworden. Sein Kurs liegt augenblicklich bei 30 Groschen über dem tatsächlichen Wert. Gestrichelt wird der Goldrubel vorwiegend noch in den Distrikten, wo der Handel mit Goldmünzen weiter floriert. Wie wir bereits berichtet haben, werden die benötigten Mengen Zarenrubel in Holland gekauft und wie jede andere Ware nach Polen „geliefert“. Der Golddollar, dessen Kurs in Polen um 18 Groschen unter dem Kurs des Papierdollars liegt, wurde anfänglich aus Danzig bezogen. Als sich der Bezug aus Danzig zu teuer stellte, begann man den Golddollar aus Paris zu beziehen. Mit dem Bezug von Dollarwährungen beschäftigten sich angeblich 12 Spekulanten, die jeden zweiten Tag zwischen Paris und Warschau hin- und herreisten. Die aus Paris bezogenen Golddollars werden so gleich auf der Börse oder in Lokalen der Stadt zum Verkauf angeboten. Bei jeder Tour verdient der Spekulant am Kursunterschied 1000—1500 Zloty. Die „Handelskosten“ sind relativ gering, da die Spekulanten mit Dauerpässen reisen.

Krise in der polnischen Erdölindustrie. Verluste und Fusionen.

Die Wirtschaftskrise in Polen brachte einen erheblichen Rückgang des Inlandsverbrauches an Naphtha und Naphthaerzeugnissen und zwang zum Export des nachstehenden Überschusses zu Preisen, die 40 Prozent unter den vorjährigen Preisen liegen. Weitere Gründe für die Verlustgeschäfte der Erdölindustrie, die jedoch nicht unmittelbar mit der Wirtschaftskrise in Verbindung stehen, liegen in den schwerwiegenden Organisationsmängeln dieses Industriezweiges. Diese Mängel haben unnehr dazu geführt, daß die relativ beste Konjunktur die nicht kartellierten Betriebe, nämlich die kleineren Raffinerien aufweisen, die ihren Anteil an der Belieferung des Inlandsmarktes von 4,4 Prozent im Jahre 1927 auf 13,3 Prozent im Jahre 1931 erhöhen konnten. Innerhalb des Naphthaerzeugnisses kam es infolge der Nichtanpassung des Subsiditätsvertrages an die veränderte Situation zu erheblichen Konflikten, die ein Eingreifen der Polnischen Regierung zur Folge hatten. Einiges Licht auf die derzeitige Lage in der polnischen Naphtha-Industrie wirft die letzte Generalversammlung der „Standard-Nobel“ A.-G. Das Unternehmen deckt etwa 1/3 des polnischen Inlandsbedarfes an den verschiedensten Naphthaerzeugnissen und ist eines der bedeutendsten Unternehmen dieses polnischen Industriezweiges. Die Standard-Nobel errichtete vor einigen Jahren in Polen die erste Raffinerie; sie hat die Zahl der von ihr betriebenen Tankstellen gegenwärtig bis auf 600 gebracht. Dadurch hat sich die Firma um die Entwicklung des Automobilverkehrs in Polen bedeutende Verdienste erworben. Von der polnischen Wirtschaftskrise ist das Unternehmen schwer betroffen worden. Die Bilanz der Standard-Nobel für das Jahr 1931 schließt mit einem Verlust von 10,5 Millionen Zloty ab. Bei dieser Ziffer belaufen sich die unmittelbaren Geschäftserlöse nur auf 3,5 Millionen Zloty, die Verluste aus der Investitionstätigkeit (Bohrbetrieb) betragen 3,7 Millionen Zloty und die Zinsen für aufgenommenen Kredite 3,3 Millionen Zloty. Die nichtgedeckten Verluste aus den Vorjahren, der Mangel an Reservekapital, sowie der hohe letztjährige Defizitabschluß haben das Unternehmen dazu gezwungen, das Aktienkapital um etwa die Hälfte d. h. um 11,7 Millionen Zloty herabzusetzen. In der letzten Generalversammlung wurde beschlossen, das Aktienkapital des Unternehmens auf 60 Millionen Zloty im Wege einer Neuemission (III. Emission) von Aktien zu erhöhen. Die Einnahmen aus dieser Emission in Höhe von 48,3 Millionen Zloty sollen hauptsächlich zur Bezahlung ausländischer Schulden benutzt werden.

Als Krisenwirkung ist auch die Einverleibung des Konzerns „Napociska“ in die „Crédit Général de Petroles“ zu erklären. Auf Beschluß der Generalversammlung der Aktionäre der Crédit Général de Petroles übernimmt das Unternehmen den Naphtha-Konzern Napociska unter gleichzeitiger Erhöhung des Kapitals von 200 auf 345 Millionen französische Frank. Die Aktionäre der Napociska erhalten 45 000 Anteile der Crédit Général de Petroles, während die Aktien, die sich im Besitz der Crédit Général de Petroles befinden, vernichtet werden. Die Gesellschaft wird ihre Firmenbezeichnung in Société Française Industrielle et Commerciale de Petroles ändern.

Die Finanzkatastrophe der polnischen Kommunen.

(Von unserem Warschauer Wirtschaftskorrespondenten.)

Die kürzlich bekannt gewordene Tatsache, daß 100 bankrotte Stadtverwaltungen Kongresspolens sich an die Regierung gewandt haben mit der Bitte, ihre Selbstverwaltungskörperlichkeiten aufzulösen und Regierungskommissare zur Rettung ihrer völlig verfahrenen Finanzen einzusetzen, wirft ein erschreckend klares Licht auf den Zustand, in dem sich gegenwärtig die polnischen Kommunen befinden. Schon lange war es kein Geheimnis mehr, daß die Schwierigkeiten gerade in den größten Städten des Landes wie Warschau und Lodz auf dem Wege einer normalen Wirtschaft nicht mehr zu überwinden sind. Seit Monaten kämpfen die städtischen Beamten in Warschau darum, daß ihnen überhaupt von der Stadtverwaltung von Zeit zu Zeit irgendwelche Beträge als Einigkeit für ihre Arbeit ausgezahlt werden, denn von einer normalen Gehaltszahlung ist schon seit einer längeren Zeit nicht mehr die Rede. Das die Finanzkatastrophe der Kommunen sich aber tatsächlich über das ganze Land erstreckt, beweist die Zahl von 100 Städten, die ein Sakrifizium ihrer Selbstverwaltung betreiben wollen und um Auflösung ihrer Selbstverwaltung und Bevormundung durch die Regierung bitten.

Die Hauptursache für die Finanzkatastrophe der polnischen Kommunen sind das Sinken der Einnahmen und die schwere Verschuldung. Der Rückgang der Einnahmen ist so bedeutend, daß eine völlige Desorganisierung der Selbstverwaltungsdienste droht. Der Rechnungsabluß für das Wirtschaftsjahr 1928/29 wies noch ein Einkommen sämtlicher Kommunen in Höhe von 1 316 000 000 Zloty auf, wovon 378 Millionen Zloty auf Anleihen entfielen. Gegenwärtig wird das Einkommen sämtlicher polnischer Kommunen auf höchstens 600 Millionen Zloty jährlich geschätzt. Vielfach geht man in den Schätzungen noch weiter und der Referent des Budgets des Innenministeriums im Sejm schätzte das Einkommen der Kommunen für das laufende Jahr auf nur 500 Millionen Zloty. Die Aufgabe der Kommunen, das heißt ihre Verpflichtungen zu Ausgaben, sind aber in der Zeit vom Wirtschaftsjahr 1928/29 bis zur Gegenwart nicht nur nicht zurückgegangen, sondern haben sich durch den Erlaß neuer Gesetze und Verordnungen noch erheblich vergrößert.

Noch schlimmer stellt sich die Frage der Verschuldung dar. Die von dem Verband der polnischen Städte gesammelten Angaben über 562 Stadtverwaltungen von insgesamt 635 polnischen Stadtverwaltungen (mit Ausschluß auch Warschau) stellen fest, daß diese 562 Stadtverwaltungen am 1. April 1931 Schuldenverpflichtungen in einer Höhe von 708 Millionen Zloty hatten, davon 213 Millionen Zloty zahlbar im Laufe des Haushaltsjahres 1931/32 und 47 Millionen Zloty zahlbar in den nächsten 5 Jahren. Die Summe der von diesen Städten ausgetretenen Wechseln belief sich am 1. April 1931 auf 46 Millionen Zloty und die Summe der bereits protestierten Wechsel auf 4 Millionen Zloty. Die bedeutendsten Gläubiger der Städte sind die öffentlichen Kreditinstitute. Die Verschuldung der Städte gegenüber diesen Instituten belief sich am 1. April 1931 auf 463 Millionen Zloty, die Verschuldung gegenüber Firmen und Privatpersonen auf 59 Millionen Zloty, die Verschuldung aus Auslandsanleihen auf 43 Millionen Zloty, aus städtischen Obligationenanleihen auf 39 Millionen Zloty. Die Verpflichtungen gegenüber dem Staatskassas und anderen Kommunen betrug 61 Millionen Zloty, die bereits eingezogenen aber noch nicht abgeführten fremden Besitzungen 34 Millionen Zloty.

Nicht viel besser ist die Lage bei den Verpflichtungen der Reichskommunen, wie sie sich aus den Berechnungen des Statistischen Hauptamtes im Innenministerium mit dem Verband der Kreisgemeinden Polens darstellt. Die Verpflichtungen dieser Kommunen belaufen sich am 1. April 1931 auf 154 Millionen Zloty, wovon 66 Millionen Zloty auf kurzfristige Anleihen entfielen, die im Haushaltsjahr 1931/32 zu bezahlen waren, sowie 9 Millionen Zloty auf Zinsen und Abzahlung langfristiger Anleihen, insgesamt also 75 Millionen Zloty. Im übrigen bietet die Verschuldung der Kreisgemeinden ein ähnliches Bild wie die der Stadtkommunen. Bei Firmen und Privatpersonen hatten die Kreisgemeinden am 1. April des vorigen Jahres 9 Millionen Zloty Schulden, die zwar schon eingezogen, aber noch nicht abgeführten fremden Summen beliefen sich auf 10 Millionen Zloty, die unbezahlten Rechnungen auf 20 Millionen Zloty usw. Ausführliche Zahlen über die Verschuldung der Landgemeinden liegen nicht vor. Jedoch ist die Verschuldung bei den Gemeinden aus dem Titel von Anleihen nur gering, dafür ist sie aber umso größer bei nichtbezahlten Verpflichtungen, Zurückhaltung fremder, eingezogener Summen usw. Ein Beispiel für die Höhe dieser Schulden bei den Landgemeinden sind die Verpflichtungen der Landgemeinden an Städte gegenüber den Kranken- und Pflanzkrankenhäusern, die sich gegenwärtig auf etwa 60 Millionen Zloty belaufen.

Die Berechnungen für die Städte und Kreise liegen nur für den 1. April 1931 vor. Im letzten Jahre hat sich aber der Zustand hier sehr verschlechtert. Die vorveranschlagten Einnahmen sind zu einem erheblichen Prozentsatz nicht eingegangen und haben so die Selbstverwaltungswirtschaft desorganisiert. Schon das Haushaltsjahr 1930/31 schloß bei 288 polnischen Städten mit einem Gesamt-

unterschluß von 42 Millionen Zloty. Gegenwärtig dürfte der Unterschluß bestimmt viel höher sein. Bedeutende Summen noch nicht bezahlter Steuern, die auf die aktiven Außenstände gebucht wurden, sind im vergangenen Jahr nicht eingezogen worden. Da ferner das vergangene Jahr bei den Einnahmen erheblich weniger ergiebig war als das Jahr 1930/31, muß dieser Tatbestand auch auf die Budgets der Selbstverwaltungen einen sehr bedeutenden Einfluß ausgeübt haben. Von Sachverständigen wird deshalb berechnet, daß im laufenden Jahre die polnischen Kommunen mindestens 350 Millionen Zloty kurzfristige Verpflichtungen und 100 Millionen Zloty Zinsen und Raten für langfristige Verpflichtungen abzudecken haben, während höchstens 600 Millionen Zloty Einnahmen überhaupt vorgezogen werden. Es ist selbstverständlich, daß bei den hohen Verpflichtungen der Kommunen auch nur von einem annähernden Ausgleich des Budgets bei derartigen Schuldenverpflichtungen nicht die Rede sein kann.

Die Höhe der Verpflichtungen der polnischen Kommunen ist an sich noch nicht so katastrophal, da sie kaum doppelt so hoch ist wie ein Jahresbudget bei den gegenwärtigen Krisenzeiten. Bei der Armut der polnischen Bevölkerung bedeutet aber eine solche Verschuldung, die in West- und Mitteleuropa noch nicht hoch zu nennen wäre, dennoch eine Katastrophe. Als besonders erschwerendes Moment kommt hinzu, daß der gegenwärtige auf den polnischen Kommunen lastende langfristige Kredit, der zu so unproduktiven Investitionen wie Wegebauten, Schulbauten, Krankenhäuserbauten usw. verwendet wurde, die Kommunalwirtschaft ruinieren muß. Die Bedienung dieses Kredites kostet jährlich etwa 12 Prozent. Wenn es Polen gelingen würde, eine Herabsetzung dieser langfristigen Schuldverzinsung der Kommunen durchzusetzen bis auf Grenzen, wie sie in Deutschland üblich sind (6 Prozent), so würde man anstatt über 100 Millionen Zloty gegenwärtig nur nicht ganz 60 Millionen Zloty zur Bedienung der langfristigen Kommunal-schulden jährlich gebrauchen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommunen, ihre kurzfristigen Schulden in langfristige umzuwandeln. Wenn es gelingen sollte, das durchzuführen und die vorsehend erwähnte Zinsherabsetzung in Anwendung zu bringen, so würde sich der Schuldendienst der Kommunen um weitere 30 Millionen Zloty vergrößern und sich auf etwa 90 Millionen Zloty jährlich belaufen, was der Ansicht Sachverständiger zufolge für die polnischen Kommunen erträglich wäre.

Die Vermittlung der erlerenen Möglichkeit, das heißt einer Herabsetzung der Zinsen für langfristige Kredite, liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, da diese langfristigen Kredite in der Hauptsache von inländischen Kreditinstituten gegeben wurden. Diese Institute erhalten bei dem gegenwärtig schlechten Finanzstand der Kommunen ihre Außenstände ohnehin nicht pünktlich, müssen prolongieren und verschlimmern im Grunde genommen nur die Lage ihrer Schuldner. Die zweite Frage, das heißt eine Konvertierung der kurzfristigen Verpflichtungen, könnte nur mit Hilfe einer Auslandsanleihe gelöst werden, wenn man eine solche Anleihe zu günstigen Bedingungen erhalten könnte. Das ist aber gegenwärtig unmöglich. Man wird also wahrscheinlich auch hier zu einem Exekutionszins und ähnlichen Zwangsmitteln greifen müssen. Eine Vergrößerung der Einnahmen durch Anziehen der Steuerfahne dürfte auch für die Kommunen aussichtslos sein, es verbleibt nur die Verringerung der Ausgaben auf irgend eine Weise.

Beseitigte Vermittlung im Landmaschinen-Handel.

Bekanntlich haben zu Beginn des Jahres 1932 die Landmaschinenfabriken „Anja“ in Graudenz, mit dem Stillbetrieb in Culm, ferner die Firma „S. Cegielski“ A.-G. in Posen, die Firma Wolfki in Lublin, Suchan in Gidle und „Kraj“ in Autno ein gemeinsames Verkaufsbureau für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte ins Leben gerufen.

Vor der Eröffnung des gemeinsamen Verkaufsbureaus waren die Verhältnisse im polnischen Landmaschinenhandel ungesund. Die Vermittlung brachte nicht nur den Fabrikanten, sondern auch den Abnehmern in zahlreichen Fällen erhebliche Verluste. Der Gedanke des Zusammenschlusses der Landmaschinenfabriken ging gerade davon aus, eine Gefundung der anormalen Verhältnisse einzuleiten, die sich auf dem Gebiete des Handels herausgebildet hatten. Schon das erste Vierteljahr des Bestehens dieser zentralen Verkaufsbureau hat sich gezeigt, daß die Verhältnisse sich sehr verbessert haben, daß die Gründung sich bezahlt hat. Vor allem soll der Zusammenschluß der oben erwähnten Landmaschinenfabriken die Auswüchse der Handelsvermittlung im wesentlichen beseitigt und zu einer Senkung der Handelsunkosten der Fabriken geführt haben. Eine Velebung des Geschäftes hat aber auch das Verkaufsbureau der polnischen Landmaschinenindustrie allerdings nicht bringen können. Der Absatz beschränkte sich während der letzten Monate hauptsächlich auf Lieferung von Bestandteilen verschiedener landwirtschaftlicher Maschinen. Immerhin ist es charakteristisch, daß sich in den letzten Monaten die Tendenz zu Barverkäufen stärker durchsetzt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 6. Juni auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 7 1/2%, der Lombardzins 8 1/2%.

Der Zins am 4. Juni. Danzig: Ueberweisung 57,17 bis 57,29, Bar 57,18—57,29. Berlin: Ueberweisung, große Scheine 47,00—47,40, Brau: Ueberweisung 37,20—37,90, Zürich: Ueberweisung 57,35, London: Ueberweisung 32,82.

Warschauer Börse vom 4. Juni. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgen — Belgrad — Budapest — Butarest — Danzig — Helsingfors — Spanien — Holland 361,50, 362,40 — 360,60, Japan — Konstantinopel — Kopenhagen — London 32,95, 33,11 — 32,79, Newyork 8,90, 8,92 — 8,88, Oslo — Paris 35,14, 35,23 — 35,05, Prag — Riga — Sofia — Stockholm — Schweiz 174,45, 174,88 — 174,02, Tallin — Wien — Italien 45,73, 45,96 — 45,50.

London Umläuf 32,94—32,91. Freihandelskurs der Reichsmark 210,85.

Berliner Devisenkurs.

Offiz. Diskontolage	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 4. Juni		In Reichsmark 3. Juni	
		Geld	Brief	Geld	Brief
3 1/2%	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
3 1/2%	1 England	15,53	15,57	15,52	15,56
2,5%	100 Holland	170,88	171,22	170,78	171,12
9%	1 Argentinien	0,948	0,952	0,948	0,952
5%	100 Norwegen	77,37	77,53	77,27	77,43
5%	100 Dänemark	84,82	84,98	84,77	84,93
6,5%	100 Island	69,68	69,82	69,68	69,82
5%	100 Schweden	79,57	79,73	79,57	79,73
3,5%	100 Belgien	58,87	58,99	58,89	59,01
5%	100 Italien	21,63	21,67	21,62	21,66
2,5%	100 Frankreich	16,61	16,65	16,61	16,65
2%	100 Schweiz	82,39	82,55	82,39	82,55
6,5%	100 Spanien	34,77	34,83	34,77	34,83
—	1 Brasilien	0,324	0,326	0,324	0,326
5,84%	1 Japan	1,369	1,371	1,369	1,371
—	1 Kanada	3,696	3,704	3,696	3,704
—	1 Uruguay	1,778	1,782	1,778	1,782
5%	100 Tschechoslowak.	12,485	12,485	12,465	12,485
6,5%	100 Finnland	7,163	7,177	7,163	7,177
5,5%	100 Estland	109,39	109,61	109,39	109,61
8%	100 Lettland	79,72	79,88	79,72	79,88
6,5%	100 Portugal	14,14	14,16	14,14	14,16
9,5%	100 Bulgarien	3,057	3,063	3,057	3,063
7,5%	100 Jugoslawien	7,363	7,377	7,363	7,377
7%	100 Oesterreich	51,95	52,05	51,95	52,05
7%	100 Ungarn	—	—	—	—
5%	100 Danzig	82,57	82,78	82,62	82,78
9%	1 Türkei	2,018	2,022	2,018	2,022
11%	100 Griechenland	2,797	2,803	2,797	2,803
—	1 Kairo	15,94	15,98	15,93	15,97
7%	100 Rumänien	2,528	2,534	2,528	2,534
—	1 Warschau	47,00	47,40	47,05	47,45

Züricher Börse vom 4. Juni. (Amtlich.) Warschau 57,35, Paris 20,16, London 18,86, Newyork 5,10 1/2, Brüssel 71,40, Italien 26,23, Spanien 42,20, Amsterdam 207,15, Berlin 120,50, Stockholm 36,75, Oslo 34,00, Kopenhagen 103,00, Sofia 3,70, Prag 15,16, Belgrad 9,05, Athen 3,35, Konstantinopel 2,50, Butarest 3,36, Helsingfors 8,70, Buenos Aires 1,13, Japan 1,65.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,86 Zl., do. kl. Scheine 8,85 Zl., 1 Ffd. Sterling 32,69 Zl., 100 Schweizer Franken 173,77 Zl., 100 franz. Franken 35,00 Zl., 100 deutsche Mark 208,75 Zl., 100 Danziger Gulden 174,07 Zl., tschech. Krone 26,23 Zl., österr. Schilling —, — Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 4. Juni. Es notierten: 5proz. Konvert. Anleihe 30—31 G. (30), 5proz. Obligationen der Stadt Posen aus den Jahren 1926 und 1929 92 +, 5proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 56 + (56), 4proz. Konv.-Fandbriefe der Posener Landschaft 23,50—24 G. (23,75—23,50), 5proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 13 B. (13). Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Polener Getreidebörsen vom 4. Juni. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Posen.

	Transaktionspreise:	
Roggen	90 to	28,75
	695 to	28,50
Weizen	60 to	29,75
Prima-Weizen	45 to	30,00

Richtpreise:			
Weizen	29,75—30,00	Sommerweide	
Roggen	28,50—28,75	Blau Lupinen	11,00—12,00
Gerste 64—66 kg	21,00—22,00	Gelbe Lupinen	13,50—14,50
Gerste 68 kg	22,00—23,00	Serabella	—
Braugerste	—	Fabrikartoffeln pro Kilo	—
Safer	21,50—22,00	Senf	—
Roggenmehl (65%)	42,25—43,25	Roggenstroh, lose	—
Weizenmehl (65%)	44,25—46,25	Roggenstroh, gepr.	—
Weizenkleie	14,75—15,75	Heu, lose	—
Weizenkleie (grob)	16,00—17,00	Heu, gepreßt	—
Roggenkleie	16,50—17,75	Reheheu	—
Raps	—	Reintuchen 36—38%	24,00—26,00
Reinweizen	—	Raps-tuchen 36—38%	18,00—19,00
Kelderbien	—	Sonnenblumen-tuchen 46—48%	18,00—19,00
Wittoriaerbien	—		
Folgererbien	—		

Gelamtenbenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Weizen 15 to.

Berliner Produktenbericht vom 4. Juni. Getreide- und Delfaaten für 1000 Kg. ab Station in Geldmarkt: Weizen märk. 77—78 Rg., 263,00—265,00, Roggen märk., 72—73 Rg., 195,00—197,00, Braugerste —, Futter- und Industrieernte 175,00—182,00, Safer märk. 182,00—185,00, Mais —.

Für 100 Rg.: Weizenmehl 32,25—35,75, Roggenmehl 25,75—27,75, Weizenkleie 10,75—11,25, Roggenkleie 9,70—10,20, Raps —, Wittoriaerbien 17,00—23,00, Kleine Speiseerbsen 21,00—24,00, Futtererbsen 15,00—17,00, Reintuchen 16,00—18,00, Weizenbohnen 15,00—17,00, Weiden 16,00—18,00, Lupinen, blaue 10,00—11,50, Lupinen, gelbe 14,00 bis 15,50, Serrabella —, Reintuchen 10,50—10,60, Trockenrüben 8,80, Soya-Extraktionschrot 11,20, Kartoffelflocken —.

Biehmarkt.

Auf dem Thorer Hauptmarkt für Pferde, Rinder und Schweine am 2. d. M. waren aufgetrieben: 296 Pferde, 103 Rinder, 25 Ferkel, 61 Kälber, 139 Ferkel. Es wurden folgende Preise erzielt: